

# p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG  
NR. 21/02. JUNI 23



**KLIMASCHUTZ**  
**JETZT!**  
JA ZUM KLIMASCHUTZ-GESETZ  
AM 18. JUNI



**ANNA-BÉATRICE**  
**SCHMALTZ**  
GEMEINDERÄTIN



**KATHARINA**  
**PRELICZ-HUBER**  
NATIONALRÄTIN



KLIMAGESETZ

# Wo sitzen sie bloss, die Stromfresser?

SEITEN 12 - 13

IM (STREIT-)GESPRÄCH

**Mindestlohn – hilfreich  
oder schädlich?**

S.10 - 11

OMBUDSSTELLE

**Wohnen im Wald und  
Whistleblowing**

S.3

TANZTHEATER DRITTER FRÜHLING

**Drei Verfremdungen  
einer Ikone des Tanzes**

S.15

## Nichtexistenz

Ausgehend von der Frauenleiche in Literatur und Dramatik erarbeitet Alicia Aumüller den ortsspezifischen Theaterabend «Dear Jane Doe» (Regie: Barbara Weber). Der Titel ist blosser Platzhalter für fiktive oder nicht identifizierte weibliche Personen, Hauptsache tot. Der Abend – zwei Stunden draussen, an verschiedenen Orten – wühlt sich durch Leichenberge, Kriminalfälle, falsche Führten, inszenierte und reale Tode, Nachrufe, Angstträume, dunkle Strassen und verlassene Wohnun-



gen. Alicia Aumüllers letztes Solo im Keller des Schauspielhauses Zürich vor drei Jahren mit Svetlana Alexijewitschs dokumentarischer Befindlichkeitsrecherche von Russ:innen heute, «Secondhand-Zeit», gehörte mit zu den Höhepunkten der damaligen Saison, insbesondere auch inhaltlich. Eine Zürcher Übernahme dieser Koproduktion ist geplant. Poe, Woolf und Ovid im Ausdruck von Alicia Aumüller laden erst mal in den Stadtpark von Baden. *froh.*

Alicia Aumüller: «**Dear Jane Doe**», Fr, 2.6., 21h, Kurtheater, Baden.

## Umdenken

Mit «Afrotopia» glückte dem senegalesischen Ökonomen, Musiker und Autor Felwine Sarr (\*1972) ein bahnbrechendes Manifest. Darin forderte er, den Kontinent des Ursprungs menschlichen Lebens in einer Mélange aus Analyse und Utopie grundlegend neu zu betrachten. Er entwirft



darin eine Art afrikanischer Kulturrevolution, deren Ansätze auch dem Rest des Planeten helfen, eine bewusstere und würdevollere Zivilisation zu begründen. Zwei Jahre nach Ersterscheinen wurde er gemeinsam mit Bénédicte Savoy vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron damit

beauftragt, Möglichkeiten und Kriterien für die Restitution von afrikanischen Kulturgütern in französischen Museen zu erkunden. Mit «Die Orte, an denen meine Träume wohnen» (Fischer-Verlage 2023, 192 Seiten, ca. 33.90 Fr.) hat er erstmals einen Roman verfasst. Darin begleitet er zwei ungleiche Brüder auf ihrem je verschiedenen Lebensweg. *froh.*

Felwine Sarr: «**Die Orte, an denen meine Träume wohnen**», Fr, 2.6., 19.30h, Literaturhaus, Zürich und online.

## Feenstaub

Wenn die Genfer Künstlerin Sylvie Fleury (\*1961) nachdenkt, führt dies oft zu irritierenden Hochglanzoberflächen, die es erleichtern, ihre Kunst mit einem raschen Blick zu prüfen und achselzuckend auf dem Absatz zu kehren. Und schon würde die rezipierende Person sich exakt so oberflächlich verhalten, wie sie es einer Allgemeinheit lustvoll vorwirft. Eine Mondrakete in Pink, die teuerste Handtasche der Welt in kiloschwerem



Sylvie Fleury «White Gold», 2010, Courtesy the Artist

Weissgold ein ebensolches Kleinbild transportierend oder einfach Kunstpelz, der grell sein Dasein als Meistergemälde an einer Museumswand reklamiert. Wer sich angesichts solcher Begegnungen nicht eingeladen fühlt, über primär geschlechtlich konnotierte Vorurteile tief nachzudenken, müsste in die Ironienachhilfe. Es ist ihre erste Einzelausstellung in der Schweiz seit ihrem internationalen Durchbruch 1998. *froh.*

Sylvie Fleury: «**Shoplifters from Venus**», 3.6. bis 20.8., Kunst Museum Winterthur / beim Stadthaus, Winterthur. Vernissage: Fr, 2.6., 18.30h, ebenda.

## Gelassenheit

Bald tummelt sich halb Nordeuropa wieder Liege an Tuch am Mittelmeer und ist wild entschlossen, sich wohl zu fühlen. Alles andere hat lieber Pause. Bei «Nous sommes né.es au milieu de la mer» oder eben NSNAMDLM ist das umgekehrt. Die Bewegungen des Meeres hat das siebenköpfige Kollektiv dazu animiert, nachzudenken. Über Gemeinsamkeiten, was automatisch auch das Trennende mit-

meint, das aber hauptsächlich infrage gestellt wird. Die Brutstätte sämtlicher Organismen wird zusehends zu einer riesen Müllhalde, und das scheint keinen Widerspruch darzustellen. Unter Wasser



entspricht der kürzeste Weg für eine Glasfaserleitung einem Ideal, während Menschen auf der Oberfläche auf derselben Strecke tunlichst daran gehindert gehören, und auch das scheint keinen Widerspruch darzustellen. Die installative Performance changiert zwischen Ritus und Anrufung und sucht nach einer Verbindung zur stoischen Gelassenheit der Gezeiten. *froh.*

«**NSNAMDLM**», So, 4.6. bis Fr, 9.6., 20h (So, 18h), Tanzhaus, Zürich.

## Mit Worten tanzen

Als erklärte Feministin im Macholand Argentinien einen Fuss auf den Boden zu bekommen, ist eine nicht zu überschätzende Leistung. Sara Hebe Merino (\*1982) hat seit dem Beginn ihrer Musikerinnenkarriere 2007 fünf Alben realisiert und damit gleich reihenweise Preise abgesahnt. Darunter etwa den bedeutendsten Fernsehpreis, was in einem Land, in dem ein hauptsächlichlicher Teil des



Lebens über die Television stattfindet, von einer hochrangigen Bedeutung ist. Musikalisch lässt sie sich mit ihrer energetischen Altstimme auf alle erdenklichen Experimente ein und scheut keinerlei Genregrenzen. Sie mischt HipHop mit Reggaeton mit Punkrock, Hauptsache die Tonspur stützt die lyrische Herangehensweise ihrer Texte und transportiert das darin kraftvoll besungene Gefühl auf eine auch jenseits jeder Sprache nachfühlbare Weise. Sara Hebe sagt, der Rap sei ihre «Art, mit Worten zu tanzen». Das tut sie heftig und roh, schlicht schön. *froh.*

Sara Hebe: «**Sucia Estrella**», Do, 8.6., 21h, Rest. Ziegel oh Lac, Rote Fabrik, Zürich.



# Billiges Verwaltungshandeln

Die Ombudsstelle der Stadt Zürich hat den jährlichen Bericht über ihre Tätigkeit im Vorjahr veröffentlicht. Der Fokus lag in Bezug auf das Jahr 2022 auf der «Billigkeit des Verwaltungshandelns» – also «pflichtgemässen Ermessen» oder einfacher: Angemessenheit. Interessant sind hierbei vor allem die Fälle, wo die Angemessenheit infrage stand.

Sergio Scagliola

Die Tätigkeit der Ombudsstelle ist in erster Linie die Vermittlung – als Bindeglied zwischen Verwaltung und Personen, Firmen oder Organisationen, die Beschwerde gegen ein Verwaltungsorgan eingeleitet haben. Im Jahr 2022 hat sich die Ombudsstelle mit 1536 Fällen beschäftigt, dabei 5019 Kontakte zu Ratsuchenden und 2390 mit der Verwaltung hergestellt. 39 Prozent der Beschwerdebehandlungen waren erfolgreich – und in 60 von 66 Fällen folgte ein erfolgreiches Vermittlungsgespräch. Zudem gab es 28 Whistleblowingmeldungen.

## Whistleblowing...

Somit zu den Fallbeispielen\*. Hier wird beispielsweise ein Fall geschildert, bei dem eine anonyme Meldung auf der Whistleblowingplattform eingegangen ist. Er befasst sich mit der jährlichen Medienmitteilung von Statistik Stadt Zürich (SSZ) zur Bautätigkeit in der Stadt Zürich. Diese Medienmitteilung sei zunächst grob umformuliert und schliesslich ganz gestoppt worden – durch die Wohndelegation des Stadtrats (WoDel) und deren Stab. Die hinweisgebende Person warf der WoDel vor, viel zu starken Einfluss auf den Text genommen und ihn an eine politische Agenda gekoppelt zu haben. Beispielsweise im Titel, der ursprünglich «Rekord bei den Wohnungsabbrüchen» hiess und schliesslich zu «Umschwung beim Wohnungsbau» hätte geändert werden sollen. Im Kontakt mit SSZ wurde der Ombudsstelle zugetragen, es sei bei dieser Publikation «tatsächlich einiges schiefgelaufen». Die Änderungen seien SSZ erst spät mitgeteilt worden, sodass auf die Publikation letztlich verzichtet wurde – und der dazugehörige Webartikel wurde vom Netz genommen. Das Verdikt: Beide hätten der Trennung von Präsentation und Interpretation zu wenig Bedeutung zugemessen. Politische Einflussnahme auf ein Amt wie SSZ sei fehl am Platz – die Interpretation der Zahlen hingegen sei Sache der WoDel. Zukünftig wollen beide Stellen diese Trennung besser wahren, indem sie enger zusammen an solchen Publikationen arbeiten.

## ...und Wohnformen

Ein anderes Fallbeispiel beschäftigt sich mit dem Bezug der AHV-Rente: Eine Frau wohnt im Stadtzürcher Wald. Seit dem letzten Sommer bekommt sie ihre AHV-Rente nicht mehr, weil sie ihr Bankkonto und ihre Adresse aufgehoben hat. Eine Neueröffnung des Bankkontos ist nicht möglich, weil keine Wohnadresse vorhanden ist. Kontakt hat die Frau insbesondere zur «Sip Züri»,

deren Mitarbeiter den Fall zur Ombudsstelle gebracht hat und prüfen möchte, ob sie ihre Rente bei der «Sip» abholen kann. Die Ombudsstelle tritt nun in Kontakt mit verschiedenen Beteiligten. Das Personenmeldeamt bietet für Personen ohne festen Wohnsitz eine «pragmatische» Lösung: Eine Adresse, die jedoch nur mit einem «Mindestgrad an Kooperation» vergeben wird. Die Frau hätte eine solche gehabt, bis sie die Kooperation ausgeschlagen habe und von einer Adresse nichts mehr wissen wollte. Die Ombudsstelle prüft daraufhin Optionen, wie die Frau zu ihrer Rente kommen kann und unterbreitet «Sip Züri» zwei Lösungsvorschläge zusammen mit einem gemeinsamen Besprechungstermin – was sie ausschlägt. Einige Zeit später tritt sie in den Hungerstreik. «Sip Züri» sucht erneut das Gespräch – und teilt der

## Im Jahr 2022 hat sich die Ombudsstelle mit 1536 Fällen beschäftigt.

Ombudsstelle schliesslich mit, sie habe einer Beistandtschaft zugestimmt und das Verfahren zur Einrichtung einer Adresse sei nun eingeleitet. Sie kommt nun zu ihrer Rente.

«Familie Azizi» aus einem weiteren Fallbeispiel hat durchaus eine Wohnung. Allerdings zu einem fragwürdigen Mietzins. Die Geschäftsleiterin einer kleinen Genossenschaft meldet sich bei der Ombudsstelle. 2016 habe sie der AOZ eine Wohnung für 1300 Franken vermietet, welche die geflüchtete Familie Azizi darin unterbringt. Die Familie ist zu diesem Zeitpunkt auf Sozialhilfe angewiesen. Als dies nicht mehr der Fall ist, vermietet die AOZ die Wohnung an Familie Azizi in Untermiete – für zunächst 1600, dann für 1800 Franken. Die Genossenschaft weiss davon nichts. Als die Geschäftsleiterin davon erfährt, löst sie den Mietvertrag mit der AOZ nach kurzer Diskussion auf und vermietet die Wohnung nahtlos weiter an Familie Azizi für den eigentlichen Mietpreis von 1300 Franken. Die Genossenschaft verlangt nun von der AOZ, dass sie der Familie die Mietzinsdifferenz zurückzahlt – was nicht auf Gehör stösst. Die Ombudsstelle wird nun konsultiert, bevor ein gerichtlicher Weg eingeschlagen wird. Diese stellt fest, dass die AOZ die Wohnung nicht zu derart stark veränderten Mietbedingungen weitervermieten dürfte. Die AOZ argumentiert aber, dass

einer Familie, wenn sie nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen ist, zur Unterbringung eine Pauschale pro Kopf verrechnet wird. Das hätte weniger mit Mietrecht und mehr mit Unterbringungsrecht zu tun. Die Genossenschaft hätte zudem keinen direkten Mietvertrag mit Familie Azizi gewollt. Ob diese Pauschalbeiträge in Rechnung gestellt werden dürfen, sei rechtlich fraglich. Die AOZ räumt daraufhin zwar ein, dass die Pauschalen in einzelnen Fällen zu hoch sind, eine individuelle Berechnung aufgrund unterschiedlicher Mietpreise aber schwierig ist. In der Folge wird seitens AOZ erklärt, man werde in Zukunft die Rahmenbedingungen der Unterbringung den Vermieter:innen genauer darlegen. Der Genossenschaft wurde weiter ein Teil des Untermietzinses zurückbezahlt.

Der gesamte Bericht der Ombudsstelle ist als PDF auf der Website der Ombudsstelle der Stadt Zürich einsehbar: zum Beispiel zur Polizei und deren Fotokameras an unbewilligten Demonstrationen, zu Lohnfortzahlungen bei Long-Covid-Erkrankung, zu Namensrechten von Sternenkindern oder zur Finanzierung von Bestattungen.

\* Die Ombudsstelle schreibt, sie habe die Fälle so wenig wie möglich verändert, abgesehen von Merkmalen, die Rückschlüsse auf Beteiligte zulassen.

Reklame

steuern-meili.ch

Steuerberatung  
Steuererklärungen  
Steuerrecht  
Testament & Erbe  
Vorsorgeauftrag

persönlich & kompetent

info@steuern-meili.ch +41 44 201 09 31  
Mutschellenstrasse 46 8002 Zürich

## Re-SOS

**Ein Jahr vor dem 150. Geburtstag von Clara Ragaz stehen die Resos vor dem Ende – weil der Krieg in der Ukraine sie gespalten hat.**

Am Samstag findet im Berner Kulturlokal «Heitere Fahne» die Jahresversammlung der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz (Resos) statt. Besonders heiter dürfte die Veranstaltung aber nicht ausfallen: Wie der Traktandenliste zu entnehmen ist, stimmen die Mitglieder zwischen Jahresbericht und Budgetplanung darüber ab, ihre Fahnen zu streichen und den Verein aufzulösen. Grund für die mögliche Auflösung sind – neben schleichendem Nachwuchsmangel – unterschiedliche Auffassungen über den Krieg in der Ukraine, die den Verein tief gespalten haben. So tief, dass zumindest ein Teil des Vorstandes keine Zukunft für die Religiösen Sozialisten mehr sieht. Genaueres verraten die fünf Vorstandsmitglieder noch nicht – schliesslich wolle man selbst in Zeiten des Streits als Einheit auftreten und keine unkoordinierten Aussagen treffen.

### Religiös-soziales Suchen

Noch ist das Ende der Resos nicht in Stein gemeisselt. Schade wäre es aber: Mit ihnen ginge eines der Urgesteine der sozialistischen Bewegungen der Schweiz verloren. Seine Wurzeln hat der Verein in der gleichnamigen protestantischen Strömung um Leonhard und Clara Ragaz aus den 1900er-Jahren, deren Vertreter:innen Traditionen und Texte der Bibel wie das Gebot der Nächstenliebe oder die prophetisch-apokalyptische Erwartung vom Reich Gottes als Impulse deuten, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu überwinden. «Er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen. Die Hungernen beschenkt er mit seinen Gaben und lässt die Reichen leer ausgehen», heisst es schliesslich im Lukasevangelium. Der historische Religiöse Sozialismus lehnte den Staatssozialismus ebenso ab wie den «roten Militarismus» und verfolgte stattdessen einen demokratischen, genossenschaftlichen, pazifistischen, ökologischen und feministischen Sozialismus.

1989 fusionierten die «Religiös-Soziale Vereinigung» mit den «Christinnen und Christen für den Sozialismus» zu den Resos, wie sie heute bestehen. Vom alten Zuhause der Familie Ragaz aus, dem Gartenhof im Kreis 4, widmete sich der Verein seither zusammen mit dem Magazin «Neue Wege» dem «religiösen und sozialen Suchen», wie Leonhard Ragaz die Aufgabe der Resos einst bezeichnete. *tim.*

## «Wie das Eintreten in eine Arena»

**Nach fast acht Jahren als Fraktionspräsident der SP im Zürcher Gemeinderat verwandelt sich Davy Graf wieder in ein «gewöhnliches» Ratsmitglied. Was ihm an der Spitze der Fraktion gelungen ist, was ihn gefreut und geärgert hat, erklärt er im schriftlich geführten Interview mit Nicole Soland.**

*Im Interview im P.S. vom 4. Dezember 2015 haben Sie als damals frisch gewählter Fraktionspräsident erklärt, was Sie mit «Ihrer» Truppe vorhaben, und erwähnten etwa, dass Sie Kompromisse finden und breite Mehrheiten schaffen möchten. Was würden Sie heute antworten?*



Davy Graf präsidierte die SP-Fraktion fast acht Jahre lang. (Bild: zVg)

Davy Graf: Ich würde wohl in etwa das Gleiche sagen. Interessant ist, dass die grossen Themen weiterhin Aktualität haben und eigentlich zu Daueraufgaben einer Stadt geworden sind: bezahlbaren Wohnraum schaffen, Verkehrsprobleme lösen u.a. durch Velorouten, und die Diversität der Wirtschaft fördern.

*Sie haben damals die Arbeitslast thematisiert bzw. dass die Leute immer weniger Zeit haben für ein solches Amt: War die Arbeitslast ein Grund für Sie, das Präsidium abzugeben? Oder weshalb hören Sie auf, und weshalb gerade jetzt?*

Nach fast acht Jahren im Amt und ein Jahr nach den Erneuerungswahlen, bei denen wir zum zweiten Mal in Folge eine links-grüne Mehrheit im Gemeinderat sichern konnten, scheint mir ein guter Moment für eine Stabsübergabe. Zum Glück habe ich stets grosse Unterstützung von Fraktion, Partei und Familie erfahren. Trotzdem ist die Arbeitslast für ein Milizamt hoch, insbesondere weil man eine hohe Verfügbarkeit an den Tag legen muss – Presse oder Krisen halten sich nicht an die Bürozeiten. Aber wer Politik gerne macht, muss dieses Amt wollen: Man ist mittendrin.

*Was ist bei Ihrer Arbeit als Fraktionspräsident so herausgekommen, wie Sie es sich damals vorgestellt haben, und was nicht? Und was davon freut/ärgert Sie am meisten?*

Mich hat es gefreut, dass wir innerhalb der Fraktion und Partei nach intensiven Diskussionen stets zusammengehalten haben. Ärger habe ich nicht viel erlebt, aber sehr wohl viel Anspannung.

Der Gang in den Rat war zuweilen wie das Eintreten in eine Arena. Als Fraktionspräsident hat man mehr Verantwortung, aber gleichzeitig nicht alle Fäden in der Hand.

*Welches waren rückblickend Ihre grössten politischen Erfolge/Misserfolge als Fraktionspräsident? Wo konnten Sie klare politische Akzente setzen, worauf sind Sie stolz, was müssten Sie nicht mehr haben?*

Mir war stets wichtig, dass das, was wir machen im Rat, auch standhält vor dem Volk. Zum Beispiel haben wir beim kommunalen Siedlungs- und Verkehrsrichtplan alle Karten auf den Tisch gelegt – und die Volksabstimmung gewonnen. Bei der Tagesschule sind wir sogar mit einer eigenen Vorlage gegen den Stadtrat vom Stimmvolk bestätigt worden. Und bei der Kompetenzübertragung für Liegenschaftskäufe haben wir ein kräftiges Instrument geschaffen.

*Gibt es etwas, was Sie heute sicher anders machen würden, und wenn ja, warum?*

Vielleicht müsste man massive Unterstellungen, Falschbehauptungen und zum Teil Verleumdungen, die im Rat ausgesprochen werden, stets kontern. Aber gleichzeitig schafft man damit eine Plattform und verliert wertvolle Zeit für eigene Anliegen. Keine einfache Gratwanderung.

*Bleiben Sie nun einfach «gewöhnliches» Fraktionsmitglied, oder haben Sie andere Pläne?*

Ich bleibe noch im Gemeinderat und freue mich, bei ein paar Themen wieder mehr in die Tiefe gehen zu können. Und ich bin nicht unglücklich, dass für eine gewisse Zeit der eine oder andere Sturm an mir vorbeizieht.

Reklame

linksbuendig.ch

**Ulrike Guérot**  
zu Gast bei  
**Linksbündig**

**Ein Gespräch über die Verengungen des gesellschaftlichen Diskurses**

Di / 13. Juni 2023  
Zürich / 19 – 21 h  
Volkshaus / Gelber Saal



# Ein Abend mit alten Bekannten

**Von Schulhaus-Ersatzneubau bis Veloverkehr war an der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch alles drin, was zuverlässig für angeregte Debatten zu sorgen pflegt.**

**Nicole Soland**

Am Mittwochnachmittag hatte der Stadtrat in einer Medienmitteilung über einen nun fertiggestellten Bericht zur Beantwortung eines dringlichen Postulats informiert, konkret darüber, dass der Stadtrat an seinem Ziel festhält, das Stadtspital Zürich in eine öffentlich-rechtliche Anstalt im Eigentum der Stadt umzuwandeln. An der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend verlas David Garcia Nuñez (AL) eine Erklärung seiner Fraktion dazu. Sie trägt den Titel «Spitalauslagerung: Störrisch bleibt der Stadtrat auf seinem Holzweg.» Beim Fraktionspräsidenten der FDP, Michael Schmid, kam das nicht gut an. Er erinnerte daran, dass es eigentlich Usanz sei, keine Erklärungen zu Geschäften des Stadtrats abzugeben, die sowieso in die Kommission und den Rat kämen. Das hielt Nicolas Cavalli (GLP) nicht davon ab, nachzudoppeln, es sei pure Nostalgie, «dass die AL sich so sträubt», und obendrein sei das Triemli das letzte Spital, das noch als Dienstabteilung geführt werde. In einer weiteren persönlichen Erklärung wies Roland Hohmann (Grüne) in Reaktion auf eine Erklärung von Samuel Balsiger (SVP) von letzter Woche darauf hin, dass es «kein Gesetz gibt, das Strom frisst». Die SVP habe die Studie von Andreas Züttel, auf die sie sich berufe, «nicht gelesen oder nicht verstanden».

## Beschlussantrag

Mit einem Beschlussantrag verlangten die Fraktionen von SP, Grünen, AL, GLP sowie Die Mitte/EVP die «Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft». Dazu soll der Gemeinderat beim Kantonsrat eine Behördeninitiative einreichen, die diesen beauftragt, «im Gesetz über die politischen Rechte auf kantonaler Ebene eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die es den Gemeinden ermöglicht, die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für alle Menschen mit einer Beistandschaft zu ermöglichen». Islam Alijaj (SP) führte aus, unsere direkte Demokratie lebe davon, dass alle mitentscheiden könnten. Mindestens auf Gemeindeebene sollte das auch für Menschen mit Beistandschaft gelten, zumal die Schweiz im April 2014 die Uno-Behindertenrechtskonvention

ratifiziert habe und diese somit verbindlich sei. Michael Schmid (FDP) entgegnete ihm, seine Fraktion unterstütze die Verbesserung der Partizipation von Menschen mit Beeinträchtigungen, «keine Frage», doch dieser Vorstoss gehe zu weit. Ein Stimm- und Wahlrecht für Menschen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter Beistandschaft stünden, sei nicht möglich. Stefan Urech (SVP) fügte an, seine Fraktion lehne dieses Vorhaben mit derselben Begründung ab wie die FDP. Damit blieben sie in der Minderheit: Mit 81:33 Stimmen überwies der Rat den Beschlussantrag.

## Wieder mal ein Schulhaus...

Auch ein Schulhaus-Ersatzneubau stand an diesem Abend mal wieder auf der Traktandenliste, gefühlt etwa der zwanzigste... was jedoch nicht stimmt, Kommissionssprecher Urs Riklin (Grüne) hat offensichtlich mitgezählt und verkündete, es

## Michael Schmid (AL) und Anna Graff (SP) möchten die Stadtpolizei bezüglich Veloverkehrssicherheit sensibilisieren.

handle sich um «Objektkredit Nr. 13 der Schulraumoffensive». Konkret ging es um den Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C sowie die Erweiterung der Schulanlage In der Ey. Dafür hatte der Rat einen Kredit von (inklusive Reserven) 151,5 Millionen Franken zu sprechen. Die Volksschule wachse stark, bis 2030 rechne man mit rund 40 000 Kindern, sagte Urs Riklin. Künftig sollen im Triemli 42 Primar- und vier Kindergartenklassen Platz finden, und es ist auch eine neue Dreifachturnhalle geplant. Natürlich wird fossilfrei geheizt, und gibt es Massnahmen zur Hitzeminderung. Mit drei Begleitpostulaten verlangten die Grünen zusätzlich die Einrichtung einer attraktiven Veloinfrastruktur, den Erhalt der Spielwiese vor dem Chindsgi mittels Auslagerung der Pflichtparkplätze sowie die Reduzierung derselben auf ein Minimum «unter Anwendung des erstellten Mobilitätskonzepts für eine autoarme Nutzung». Damit blieb die Kirche definitiv im Dorf – keine Schulhausdebatte ohne Parkplatzstreit... Die Schulhausvorlage lehnte schliesslich nur die SVP ab: Stefan Urech befand, auch bei diesem Schulhaus seien zu viele Räume geplant, die nicht der Schule selbst, sondern dem Tagesschulteil, der Betreuung etc. zugute kämen. Zudem dürfte man das historische Schulhaus Triemli nach dem Willen der SVP nicht abreißen – und schon gar

nicht, um «einen Betonklotz dorthin zu stellen». Bei den Postulaten stimmten SVP und FDP dagegen, bei jenem für die autoarme Nutzung zusätzlich noch die Mitte-/EVP-Fraktion, sie wurden somit allesamt überwiesen.

## Reizwort «Velo»

Zum krönenden Abschluss der Sitzung standen mehrere Postulate zum Thema Veloverkehr zur Debatte, wobei sich nicht zum ersten Mal zeigte, dass «Velo» offensichtlich der Inbegriff eines Reizwortes ist. Michael Schmid (AL) schilderte zwei Situationen, in denen Velofahrer:innen abgedrängt bzw. angefahren worden waren – und daraufhin von der Polizei Tipps erhalten hatten, «sich so zu verhalten, dass sich ihre Sicherheit deutlich verschlechtert» hätte, wie Michael Schmid es ausdrückte: beispielsweise den Tipp, halt näher an rechts parkierten Autos vorbeizufahren. Lieber von einer sich öffnenden Autotür getroffen als zu eng überholt und so zu Fall gebracht werden? Hmm... schwierige Entscheidung... Ernsthaft: Michael Schmid und Anna Graff forderten schlicht, die Stadtpolizei sei bezüglich Veloverkehrssicherheit zu sensibilisieren. Von der bürgerlichen Ratsseite jedoch tönte es zurück, als hätte Michael Schmid gar kein Votum gehalten. Kurzfassung: «Die Velofahrer» (also wohl alle...) hielten sich sowieso nie an die Regeln und verursachten die meisten Unfälle selbst. Nichtsdestotrotz überwies der Rat das Postulat mit 62:54 Stimmen zur Prüfung an den Stadtrat.

Reklame

**MAXIM**  
THEATER

**BOOKPINK**  
von Caren Jeß  
SCHWEIZER ERSTAUFFÜHRUNG

Gemeinsam mit dem MAXIM Ensemble erforscht Katharina Cromme das Stück, in dem Vögel die Hauptrolle spielen. Mit viel Charme und Humor wird in den Szenen die soziale Herkunft und Zugehörigkeit anhand von Vogel-Figuren thematisiert.

**8., 9. & 15. Juni im MAXIM Theater Zürich,**  
Ernastrasse 20, 8004 Zürich

Reservation: buero@maximtheater.ch  
Tel: 043 317 16 27, www.maximtheater.ch

# Kosmos wird «Frame»

Trotz Konkurs des ehemaligen Kosmos hatte die Eigentümerin, die SBB, seit jeher kommuniziert, dass auch in Zukunft in diesem Gebäude Kultur und Leben stattfinden soll. Und sie hat nun auch eine Nachfolge gefunden – zumindest fürs Kino: das Zurich Film Festival (ZFF). An der Medienkonferenz vom Mittwoch stellten die Beteiligten das Projekt näher vor – im grössten Kinosaal, was die Pressekonferenz dank den gepolsterten Kinossesseln auch zu einer der bisher bequemsten Medienorientierungen machte. Und obschon der Name Kosmos noch immer nachhallte und auch den anwesenden Medienvertreter:innen hin und wieder rausrutschte – das Kosmos und auch sein Name sind somit endgültig Geschichte. «Frame» soll das neue Kino heissen, das ab dem 6. Oktober ganzjährig bespielt wird. Eingeweiht wird es zum Start des ZFF am 28. September.

Alexis Leuthold, der Leiter Bewirtschaftung Immobilien bei den SBB, erklärte, es habe die SBB getroffen, als sie vom Konkurs des Kosmos erfahren hatte. Und auch Christian Jungen, Programmleiter und Artistic Director des ZFF, drückte seine Betroffenheit aus: «Wenn ein Kino zugeht, ist das für einen Cinephilen eine Hiobsbotschaft wie für einen Christen, wenn eine Kathedrale abbrennt.»

**«Wenn ein Kino zugeht, ist das für einen Cinephilen eine Hiobsbotschaft wie für einen Christen, wenn eine Kathedrale abbrennt.»**

Christian Jungen, Programmleiter ZFF

Die Tage der Betroffenheit und auch der Ungewissheit, wie es weitergeht, sind aber gezählt: Bald sollte wieder Austausch und Kultur stattfinden.

Dennoch: Nicht alles ist so gekommen, wie man es sich anfangs erhofft hatte. Bei den SBB hatte man darauf gehofft, dass sich eine Trägerschaft findet, die das ganze Haus mietet – bei den eingegangenen Offerten habe der erhoffte Synergieeffekt allerdings gefehlt. Deshalb habe man sich vorerst auf den Kern konzentrieren wollen: Das Kino und dessen Erhalt. Was mit dem Gastronomiebetrieb des Hauses passiert, steht hingegen noch nicht fest.

Wieso haben sich die SBB aber für das ZFF entschieden? Alexis Leuthold erklärte, es sei ein wunderbarer Match: Eine fest in Zürich verankerte Institution mit internationaler Strahlwirkung sei perfekt für einen Standort im Herzen von Zürich. Beim ZFF ist man zudem überzeugt, dass das Konzept auch funktionieren wird. Gerade im Kreis 4 sei das Kino sehr beliebt – die Auswertung

des digitalen Ticketing habe gezeigt, dass in 8004 mit Abstand die meisten Tickets verkauft wurden. Zudem sei das Kino zur besten Spielstelle des ZFF geworden, habe sogar mehr Bilette verkauft als das Corso am Bellevue und erreiche ganz generell eine grundlegend andere Zielgruppe – die vor allem jünger sei.

Die Geschichte des Kosmos wirft dennoch Fragen auf: Nur Kino? Funktioniert das? Beim ZFF zeigt man sich optimistisch, wohl auch, weil es konzeptionelle Neuerungen geben soll: So wird das Kino «Frame» ein Kino Plus. Also ein Kino mit Begrüssungen, Einleitungen, allfälligen Podiumsdiskussionen mit jeweils beteiligten Filmschaffenden und so weiter. So soll ein Leuchtturm für das Kino entstehen, so wie die Kunst das Kunsthhaus, die Oper das Opernhaus oder das Theater das Schauspielhaus hat. Der Film respektive das Kino sei bislang im Sommer da und plötzlich wieder weg gewesen.

Was das Programm angeht, orientiert sich das ZFF an einem Mix von den ganz grossen Produktionen über Arthouse bis hin zu essayistischen oder dokumentarischen Filmen – in Originalsprache mit Untertiteln «mit Ausnahme von Kinderfilmen».

Eingemietet hat sich de facto aber nicht das ZFF, sondern die «Spoundation Motion Picture» (SMP), eine Marketingagentur, die eng mit dem ZFF arbeitet – und auch an derselben Adresse im Kreis 8 Zuhause ist. Deren Geschäftsführerin Jennifer Somm führte näher zur Zukunft des Kinos aus und sah die Branche in einem erneuten Wachstum – sogar Streamingdienste hielten ihre Premieren schliesslich mittlerweile in Kinos ab, es sei nunmal «etwas anderes», einen Film auf dem Sofa oder im Kino zu schauen. Das Kino als Boutique, also mit starker Kuratierung, soll deshalb im Zentrum stehen. Dass dies wirtschaftlich auch funktioniert, benötigt ungefähr 100 000 Besucher:innen pro Jahr. Die SMP als Mieterin erhalte übrigens im Gegensatz zum ZFF keine Subventionen – finanzielle Mittel würden lediglich zum ZFF, das die Programmleitung innehat, hinfließen. *sca.*



Ein neues Kino wurde am Mittwoch in einem ziemlich neuen Kino angekündigt. (Bild: sca.)

## FORUM

### Ja zum Klima- und Innovationsgesetz

Wer liefert uns Menschen, Fauna und Flora die wertvollste, kostenlose Energie? Die Sonne! Profitgierige Konzerne produzieren Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran und zerstören so die Umwelt, unsere Lebensgrundlage. Diese Fossilien werden nicht billiger, sondern immer teurer, wenn wir so weiterfahren wie bisher.

Das Klima- und Innovationsgesetz fördert die Energiewende, bringt viel regionale Wertschöpfung für unsere KMU und uns Menschen, vor allem auf dem Land. Wir reduzieren die fossile Abhängigkeit von ausländischen Staaten und sichern so unsere Energiezukunft.

Wir müssen unsere Natur schützen und Energieanlagen vor allem auf vorhandenen Infrastrukturen – Häuser, Parkplatz- und ARA-Dächer, Geleise-Teppiche, Autobahnränder, Staumauern, usw. – installieren. Sehr wichtiger Zusatzeffekt: Dank abnehmender Umweltverschmutzung werden wir wieder gesünder leben.

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, bitte stimmen Sie Ja. Unsere Folge-Generationen werden Ihnen dafür danken.

Willi Herrmann

## IN KÜRZE

### Korrigendum

Im Kantonsratsbericht des P.S. vom 26.5 hat sich ein Fehler eingeschlichen: Der SVP-Fraktionspräsident heisst Domenik, nicht Dominik Ledergerber. *sca.*

### Gemeindeland für Genossenschaftswohnungen

Horgen soll jetzt gemeindeeigenes Land an Wohnbaugenossenschaften im Baurecht abgeben, damit diese 30 bis 50 Wohnungen erstellen und nach dem Prinzip der Kostenmiete preisgünstig an Familien und andere Personen mit kleinem oder mittlerem Einkommen vergeben können. Eine entsprechende Einzelinitiative zuhanden der Gemeindeversammlung hat die SP-Parteiversammlung am Dienstag dieser Woche verabschiedet. Gemäss Initiativtext soll der Gemeinderat damit verpflichtet werden, den Stimmberechtigten innert 18 Monaten nach Annahme der Initiative eine Umsetzungsvorlage vorzulegen. Für Familien und Einzelpersonen sei es angesichts des ausgetrockneten Marktes an günstigen Wohnungen und wegen der stetig steigenden Mieten immer schwieriger, in Horgen bezahlbaren Wohnraum zu finden, begründen die Initianten ihr Begehren. Sie sorgen sich deshalb auch um eine gute soziale Durchmischung der Bevölkerung. «Immer wieder werden in unserer Gemeinde auch günstige Wohnhäuser einfach abgerissen und durch teure Neubauwohnungen ersetzt oder dann saniert und viel teurer

vermietet», sagt dazu Mitunterzeichner und SP-Co-Präsident Simon Vogt. Verschärft habe sich die Krise auf dem lokalen Wohnungsmarkt auch wegen der grossen Nachfrage nach Wohnraum als Folge eines anhaltenden Bevölkerungswachstums, halten die Initianten weiter fest. Die in Form einer allgemeinen Anregung gehaltene Initiative lässt zwar offen, wo genau die Gemeinde eigenes Land für den genossenschaftlichen Wohnungsbau zur Verfügung stellen soll. Die Umsetzungsvorlage soll aber gemäss den Initianten sicherstellen, dass die neuen, günstigen Genossenschaftswohnungen «bis spätestens 2030» realisiert werden können. *as.*

## Volkshausanierung rückt näher

Für das Wädenswiler Volkshaus sind in den kommenden Jahren umfangreiche Sanierungsmassnahmen erforderlich, die sich nach ersten groben Kostenschätzungen auf rund eine Million Franken belaufen dürften. Das hat eine Zustandsanalyse der über hundertjährigen, letztmals 1999 teilsanierten Liegenschaft ergeben, wie der Vorstand der Volkshausgenossenschaft Wädenswil am Mittwoch dieser Woche an der Generalversammlung im Volkshaus-Säli bekannt gab. Erneuerungsarbeiten sind demnach vor allem am Dach und der Fassade, aber etwa auch an den sanitären Anlagen und der Lüftung erforderlich. In dem Traditionshaus, das einst im Nachgang zum Generalstreik von 1918 von der örtlichen Arbeiterbewegung erworben worden war, sind heute das asiatische Restaurant Coriander und betreute Wohngruppen der Stiftung Bühl eingemietet. Eine vom Genossenschaftsvorstand in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie soll nun bis im Herbst aufzeigen, wie die Liegenschaft konkret saniert werden soll und wie die Arbeiten gestaffelt werden können. Über die entsprechenden Baukredite und die Etappierung entscheidet dann die Genossenschaftsversammlung. Angehen kann die Volkshausgenossenschaft das Grossprojekt auf der Basis eines mittlerweile gesunden und soliden

## IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

**Herausgeber:** P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

**Druck:** CH Media Print AG, St. Gallen.

**Redaktion:** Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochaux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

**Mitarbeit:** Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

**Inserate/Abos:** Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

**Abopreis:** Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, www.loopzeitung.ch

Finanzhaushalts. Bei der letztmaligen Sanierung vor 24 Jahren hatte sie sich übernommen und war dann in den Folgejahren auch wegen Leerständen in finanzielle Not geraten. Seither aber konnte die Genossenschaft ihre Hypothekarschulden stetig und massiv abbauen und den Haushalt konsolidieren. Nach einem neuerlichen Gewinn von 55 000 Franken weist die an der Versammlung einstimmig genehmigte Jahresrechnung 2022 einen Gewinnvortrag von 555 000 Franken aus. Präsident Willy Rüegg und die weiteren Vorstandsmitglieder wurden einstimmig im Amt bestätigt. *as.*

## Referenzzinssatz

Am Donnerstag hat das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) bekanntgegeben, dass der Referenzzinssatz erstmals seit seiner Einführung 2008 gestiegen ist: von 1,25 auf 1,5 Prozent. Der neue Satz gilt ab Freitag. In der Folge haben Vermieter:innen das Recht, Mietpreise anzuheben, sofern der aktuelle Mietzins auf dem vorherigen Referenzzins vom 3. März 2020 basiert. Berücksichtigt man Teuerung und allgemeine Kostensteigerung, dürften die Mieten gemäss Fachleuten um 6 bis 7 Prozent steigen. Das kritisiert der Mieterinnen- und Mieterverband in einer Medienmitteilung: So hätten die Mieten in den letzten 13 Jahren, als der Referenzzinssatz neunmal hintereinander gesenkt wurde, um insgesamt 9 Milliarden Franken sinken sollen. Insgesamt seien jedoch nur rund 30 Prozent der Mietzinssenkungen an die Mieter:innen weitergegeben worden. «Statt zu sinken, steigen die Mieten seit Jahren», sagt MV-Präsident Carlo Sommaruga. «Wir benötigen in der Schweiz dringend eine automatische und regelmässige Mietpreiskontrolle, denn Mieter:innen werden Jahr für Jahr ungerechtfertigt Milliarden von Franken entzogen, die im Haushaltsbudget fehlen.» Auch die SP warnt in einer Medienmitteilung vor missbräuchlichen Mietzinserhöhungen. «Es braucht jetzt konkrete Massnahmen, um die Kaufkraft zu schützen und die Mieter:innen zu entlasten», fordert Nationalrat Christian Dandrès. «Gemeinden und Kantone sollen die Möglichkeit erhalten, in besonders belasteten Gebieten – beispielsweise in den Städten oder an touristischen Hotspots – die Mietpreise auf übersetzte Renditen hin zu kontrollieren.» Ausserdem soll der Bundesrat ein Mietpreismoratorium erlassen. «Nur falls die Vermieter:innen aufzeigen können, dass sie keine überhöhten Renditen erzielen, wären höhere Mietpreise zulässig», so Dandrès. *tim.*

## Gratistests

Ab sofort können sich in Zürich wohnhafte Personen, die höchstens 25 Jahre alt sind oder über eine Kulturlegi verfügen und ein tiefes Einkommen haben, gratis auf sexuell übertragbare Infektionen testen lassen. Die anonymen Untersuchungen werden in den Teststellen von Sexuelle Gesundheit Zürich (SeGZ) angeboten. Ergänzend werden gesundheitliche und präventive Beratungen angeboten. *tim.*

## WEINKOLUMNE VON BARBARA MAEY



## Trocken oder fruchtig? Beides!

Jetzt ist es schon wieder passiert: Ich erkundige mich in einem Restaurant nach den Weissweinen im Offenausschank. Um mir bei der Entscheidung zu helfen, fragt mich der Kellner: «Möchten Sie lieber einen fruchtigen oder einen trockenen Weisswein?» Meine zugegebenermassen etwas boshafte Antwort lautet: «Ich hätte gern ein Glas trockenen, fruchtigen Weissen.» Ein Wein kann fruchtig und trocken zugleich sein, denn fruchtig bezieht sich auf das aromatische Spektrum des Weins: Welche Noten entfaltet dieser in der Nase und im Gaumen? Trocken hingegen bezieht sich auf den Süssegrad, also die Menge Restzucker, die ein Wein enthält. Wenn er trocken ist, dann heisst das, dass er nicht süss ist. Wenn er nicht trocken ist, gibt es verschiedene Abstufungen: restsüß (oder neudeutsch: off-dry), halbtrocken (oder deutsch: feinherb), edelsüß. Trocken und fruchtig schliessen sich gegenseitig nicht aus, sondern bezeichnen unterschiedliche Eigenschaften. Die Bezeichnung trocken wird – auch in der Gastronomie – oft fälschlicherweise im Sinne von «nicht fruchtig» verwendet. Wenn eine Kundin bei mir nach einem trockenen Wein fragt, versichere ich mich immer zuerst, was sie unter trocken versteht: nicht süß oder nicht fruchtig? Aber was ist denn ein Wein, wenn er nicht fruchtig ist? Blumig zum Beispiel. Oder würzig. Kräutrig. Pflanzlich. Rauchig. Fruchtig auf der anderen Seite umfasst auch ein variantenreiches Spektrum von Aromen: Geht die Fruchtigkeit in Richtung Kernobst oder Steinobst? Sind da Beeren auszumachen? Zitrusfrüchte? Tropische Früchte? Frische Früchte oder gedörrte Früchte? Ziemlich komplex ist das. Aber allzu kompliziert darf es nicht sein beim Wein bestellen, einverstanden? Was hilft Ihnen denn, wenn Sie Wein auswählen im Restaurant? Kommen Sie mit den (Pseudo)Kategorien trocken und fruchtig zurecht? Vielleicht störe ich mich an etwas, das eigentlich ganz gut funktioniert in seiner Imperfektion. Hauptsache wir haben ein gutes Glas Wein auf dem Tisch, oder?

Barbara Maey führt eine Weinhandlung in Zürich. [barbara@laterroiriste.ch](mailto:barbara@laterroiriste.ch)



# Niemand ist aus reiner Nächstenliebe angestellt

Am 18. Juni wird in Zürich und in Winterthur über Mindestlöhne abgestimmt. In Zürich soll dieser bei 23.90 Franken liegen und in Winterthur bei 23 Franken. Ich arbeite als Reinigerin und erhalte aktuell 19.60 Franken in der Stunde gemäss nationalem GAV für das Gastrogewerbe. Im Monat verdiene ich gerade mal 3680 Franken für täglich acht Stunden Arbeit an fünf Tagen in der Woche. Würde Ihnen das zum Leben reichen? Sie wissen ja, was Miete, Krankenkasse und Lebensmittel mittlerweile kosten! Einige meiner Kolleginnen mit Kindern kommen mit ihrem Gehalt nicht einmal über die Mitte des Monats. Und jetzt stellen Sie sich mal vor, sie würden auch noch Medikamente benötigen, oder ein unvorhergesehenes Ereignis stellt Sie vor unvorhergesehene Kosten.

Als Angestellte in der Reinigungsbranche können Sie davon ausgehen, dass Sie eher früher als später zum Arzt müssen. Das Putzen ist sehr anstrengend und führt zu Rücken-, Schulter- und Knieschmerzen. Und ich bin mittlerweile 49 Jahre alt.

Eine Erhöhung meines Stundenlohns auf 23 Franken würde einiges verändern! Erst einmal könnte ich ein anderes Prämienmodell bei der Krankenkasse wählen, nicht mehr das Günstigste mit der höchsten Franchise, wegen der jeder Arztbesuch soweit hinausgezögert wird, bis es nicht mehr auszuhalten ist. Ich würde mir auch gern mal wieder eine Fotografieausstellung ansehen oder

in ein Kunstmuseum gehen. Ich liebe die Kunst, aber am Ende des Monats müssen zuerst die Rechnungen bezahlt werden.

Für meine spätere Rente würde es ebenfalls einen erheblichen Unterschied machen, wenn ich in den kommenden 15 Jahren noch etwas mehr einzahlen könnte. Ist Ihnen klar, wie tief die Rente von Menschen ist, die ihr Leben lang zu Löhnen unter 20 Franken gearbeitet haben? Sie sind in der Regel auf Ergänzungsleitungen angewiesen! Das heisst nichts anderes, als dass die Gesellschaft in ein paar Jahren das zahlt, was sich die Dumpinglohn-Unternehmer heute sparen.

Es wäre auch für mich als Frau wichtig, finanziell nicht mehr so abhängig von meinem Partner sein zu müssen. Finanzielle Unabhängigkeit ist die Voraussetzung dafür, wirklich das tun zu können, was wir wollen. Am 14. Juni werden in der Schweiz wieder zehntausende Frauen auf die Strasse gehen, um mehr Respekt einzufordern. Aber ist ein gerechter Lohn nicht auch ein Ausdruck von Respekt? Glauben Sie, es ist ein Zufall, dass zwei Drittel der Beschäftigten unter 23 Franken weiblich sind?

Nicht einmal die Gegner des Mindestlohns bestreiten, dass Löhne unter 23 Franken zu tief sind. Sie tun einfach so, als liesse sich das nicht ändern. Und sie tun so, als würden nur Studierende zu solchen Löhnen arbeiten, während sie noch bei den Eltern

wohnen. Aber 65 Prozent aller Beschäftigten unter 23 Franken sind schon älter als 30 Jahre. Sie stehen mitten im Berufsleben! Um uns Angst zu machen, behaupten sie, unsere Stellen würden einfach abgebaut, wenn die Löhne auf das Minimum von 23 Franken steigen. Bleiben die Restaurants und Büroetagen am Ende des Arbeitstages dann einfach dreckig? Werden die Betten in den Hotels in Zukunft nicht mehr aufgeschlagen? Die abonnierten Zeitungen werden nicht mehr in die Briefkästen gesteckt? Und die Köche in den Restaurants kochen dann auch ohne Küchenhilfen?

Auch solche Aussagen zeugen von mangelndem Respekt für unsere Arbeit. Denn niemand ist aus reiner Nächstenliebe angestellt. Und niemand putzt oder wendet Burgerfleisch zur Selbstverwirklichung. Unsere Arbeit ist wichtig und wird gebraucht! Und deshalb kann es nicht zuviel verlangt sein, einen Lohn zu bekommen, der bis zum Ende des Monats reicht. Ich bitte Sie:

Stimmen Sie am 18. Juni mit Ja!



Adriana Santos, Reinigerin und Unia-Mitglied

Der GBKZ erhält von P.S. jeweils am ersten Freitag des Monats die Gelegenheit, in einer Kolumne gewerkschaftspolitische Themen aufzugreifen. Rückmeldungen erwünscht an [info@gbkz.ch](mailto:info@gbkz.ch)

Cartoon by Roman Prelicz





# Ein kleines bisschen Verantwortungsgefühl

Der Untergang scheint vorerst abgewendet. Präsident Joe Biden und Mehrheitsführer Kevin Mc Carthy haben sich auf einen Deal geeinigt. Damit soll ermöglicht werden, dass die Schuldengrenze («debt ceiling») erhöht werden kann. Die vorbereitende Kommission hat trotz abweichenden republikanischen Stimmen dafür gesorgt, dass die Vorlage ins Parlament kommt. Dort wird sie voraussichtlich eine Mehrheit finden, weil wohl genügend Demokrat:innen dafür sorgen werden, dass der Deal durchkommt. Damit wird also eine Wirtschaftskrise mit schwerwiegenden weltweiten Folgen abgewendet. Die ganze Geschichte ist natürlich mit unerfreulichen Folgen verbunden. Kevin McCarthy muss angesichts innerparteilichen Widerstands wieder um seinen Job bangen, den er doch erst vor Kurzem mit Mühe und Not erungen hat. Auch die Demokraten sind nicht nur glücklich mit Joe Biden, zumal er sehr lange die Position vertreten hatte, nicht über diese Frage zu verhandeln, nur um am Schluss doch zu verhandeln. Der Deal beinhaltet zudem einige schmerzhafte Elemente, unter anderem die Erhöhung der Anforderungen für die Nahrungsmittelhilfe für die Ärmsten. Diese bringt zwar keine Ersparnis, quält aber jene, die eh schon wenig haben, noch mit etwas mehr Bürokratie.

Nun kann man Joe Biden nicht ganz verübeln, dass er angesichts der befürchteten Folgen der Zahlungsunfähigkeit der USA dann doch an den Verhandlungstisch gesessen ist. Das Problem ist eher, warum man immer wieder in eine solche Lage kommt. Zur Erinnerung: Bei dieser Schuldengrenze geht es nicht um Budgetverhandlungen oder neue Ausgaben, sondern um Verpflichtungen, die schon eingegangen und beschlossen wurden. Eine Nichterhöhung wäre also einfach Zechprellerei, aber mit potenziell massiv schädlichen Folgen. Die Erhöhung der Schuldengrenze war immer eine reine Formalität, bis die Republikaner noch während der Präsidentschaft Obamas dieses Mittel entdeckt haben, um Konzessionen zu erpressen. Was jeweils funktioniert, weil man mittlerweile nicht mehr sicher ist, ob es nicht wirklich genügend Republikaner hat, denen es egal ist, wenn sie damit eine massive Wirtschaftskrise auslösen. Das Problem ist auch, dass die Demokraten es in den zwei Jahren, in denen sie eine Mehrheit hatten, nicht geschafft haben, diese Bombe per Gesetzesänderung zu entschärfen. Weil die notorisch unzuverlässigen Senator:innen Joe Manchin und Kyrsten Sinema die gute Stimmung im Senat als wichtiger erachten als das Abwenden einer globalen Wirtschaftskrise.

Nun könnte man wie immer sagen, dass es einfach die Amis sind, die hier spinnen. Nur spinnen wir selber auch. Zum Beispiel kann hier ein Na-

tionalrat zum zweiten Mal eine Lehrperson dem digitalen Mob zum Frass vorwerfen, und es passiert gar nichts. Während er sich beim ersten Mal noch entschuldigen musste, erhielt er jetzt vom Parteipräsidenten ganz offiziell den Segen. Selber schuld, wenn man es wagt, einen Genderstern zu benutzen. Auch sonst ist hier einfach Achselzucken angesagt. Dass man als Politiker oder Politikerin eine gewisse Verantwortung hat dafür, was man anrichtet, ist wohl eine zu altmodische Vorstellung.

Noch mehr beschäftigt mich, dass die Zustimmung zum Klimaschutzgesetz ins Rutschen geraten ist. Und ich verstehe irgendwie auch nicht warum. Wenn nicht mal der schmerzfreie Klimaschutz mehrheitsfähig ist, dann lässt mich das zweifeln, ob wir es überhaupt irgendwie schaffen werden, dem Klimawandel zu begegnen. Der technologische Umweltschutzansatz wird zu Recht immer wieder als zu wenig konsequent kritisiert. Aber darin, so dachte immer, liegt auch der Reiz. Denn er suggeriert ja, man könne weiterfahren wie bisher, einfach mit umweltfreundlicher Technologie. Und ich kann sehr gut nachvollziehen, dass der Verzicht schwerfällt. Wer gerne Fleisch mag, wird Mühe haben, sich vegan zu ernähren, und seien wir ehrlich, die Fleischersatzprodukte sind auch nicht über jeden Zweifel erhaben. Könnte man also Fleisch in einem Labor züchten und es würde wie Fleisch schmecken, dann hätte man den Fünfer und das Weggli, also den Burger und die glückliche Kuh. Das Gleiche gilt wohl für eine Heizung. Wichtig ist doch nicht, womit die Heizung betrieben wird, sondern ob es genügend warm ist im Winter. Aber offenbar ist schon das zu viel verlangt.

Nun ist Politik nicht nur rational, das ist mir schon klar. Und natürlich gibt es auch jene, die meinen, es brauche gar keine Massnahmen, weil es keinen Klimawandel gibt. Das ist aber eigentlich eine klare Minderheit, so wie es nur eine Minderheit ist, die Schnappatmung kriegt, wenn eine Schule einen Gendertag veranstaltet. Aber theoretisch für den Klimaschutz zu sein genügt eben nicht. Es braucht es jetzt auch, dass all jene, die finden, man müsse etwas machen, jetzt auch wirklich Verantwortung übernehmen und Ja stimmen gehen. Es wäre eigentlich ganz einfach.



Min Li Marti

## PAROLENSPIEGEL FÜR DEN 18. JUNI

### Schweiz

#### Klima- und Innovationsgesetz

Ja: SP, AL, Grüne, GLP, Mitte, EVP, FDP

Nein: SVP, EDU

#### Covid-19-Gesetz

Ja: SP, AL, Grüne, GLP, Mitte, EVP, FDP

Nein: SVP, EDU

#### OECD/G20-Mindestbesteuerung

Ja: GLP, Mitte, EVP, FDP, SVP

Nein: SP, AL

Stimmfreigabe: Grüne, EDU

### Kanton Zürich

Am 18. Juni findet keine kantonale Volksabstimmung statt.

### Stadt Zürich

#### Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben»

Ja: PdA, SP, AL, Grüne, EVP

Nein: GLP, Mitte, FDP, SVP

#### Wohnraumfonds: Änderung der Gemeindeordnung

Ja: PdA, SP, AL, Grüne, GLP

Nein: Mitte, EVP, FDP, SVP

#### Wohnraumfonds: Objekt- und Rahmenkredit

Ja: PdA, SP, AL, Grüne, GLP

Nein: Mitte, EVP, FDP, SVP

#### Ersatzneubau Schulanlage Saatlén

Ja: PdA, SP, AL, Grüne, GLP, Mitte, EVP, FDP,

Nein: SVP

#### Betriebsbeiträge Pestalozzi-Bibliothek

Ja: PdA, SP, AL, Grüne, GLP, Mitte, EVP, FDP, SVP

### Winterthur

#### Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben»

Ja: SP, AL, Grüne

Nein: GLP, Mitte, FDP, SVP

### Dietikon

#### Volksinitiative «Bezahlbares Wohnen»

Ja: SP, Grüne

Nein: SVP

#### Gegenvorschlag

Ja: SP, Grüne, SVP

#### Stichfrage

Volksinitiative: SP, Grüne

Gegenvorschlag: SVP

# «Natürlich sind Gesamtarbeitsverträge besser»

Die Stadtzürcher Stimmberechtigten entscheiden am 18. Juni über die Einführung eines Mindestlohns. Im Streitgespräch mit Lara Blatter erklärt Gewerkschaftssekretär Björn Resener, warum Zürich einen Mindestlohn braucht. FDP-Präsident Pärparim Avdili hält dagegen: Der Mindestlohn schade der Wirtschaft.

*Wieviel verdienen Sie?*

Björn Resener: Aktuell verdiene ich brutto rund 7900 Franken.

Pärparim Avdili: Meinen Lohn will ich nicht teilen, denn dieser tut nichts zur Sache.

*Der geforderte Mindestlohn von 23.90 Franken pro Stunde entspricht bei einer Vollzeitstelle einem monatlichen Bruttoeinkommen von 4000 Franken. Würden Sie damit auskommen?*

P. A.: Nein. Aktuell lebe ich alleine und bezahle alle meine Rechnungen selbst, da geht das nicht. Aber als ich jünger war und mit den Eltern zusammen im Familienhaushalt lebte, wäre das mehr als genug gewesen.

B. R.: Als Vater von zwei Kindern würde ich davon nicht leben können. Aber auch ohne Kinder wäre es schwierig, als erwachsener Mensch in Zürich mit 4000 Franken auszukommen.

*Wer bezahlt denn heute noch Löhne, von denen man in Zürich nicht leben kann?*

P. A.: Betroffen sind beispielsweise die Reinigungs- und Gastrobranche oder einige Jobs, die sich an Studierende richten. Oft sind es Einsteiger:innen oder Menschen ohne Ausbildung.

B. R.: Dass vor allem Studierende in ihren Zwanzigern so wenig verdienen, stimmt nicht. Zwei Drittel der Menschen, die weniger als den geforderten Mindestlohn verdienen, sind älter als 30 Jahre alt, heisst, sie sind erfahren und stehen mitten im Berufsleben. Eine gelernte Coiffeuse im dritten Berufsjahr, Detailhändler:innen bei grossen Ketten wie Zara, Verkäufer:innen bei McDonalds, Reinigungskräfte – sie alle verdienen nicht 4000 Franken.

P. A.: Dazu gehören aber auch Menschen, die gar nicht mit dem Gedanken in einen Job gehen, dass sie mehr verdienen wollen. Sie leben in einem wohlhabenden Haushalt und wollen mit ihrem Beruf etwas Sinnstiftendes tun. Da ist es nicht die Aufgabe des Staates, solche Menschen noch staatlich zu unterstützen. Der Mindestlohn vergisst genau diese diversen Lebensmodelle, die wir haben. Wir können nicht davon ausgehen, dass alle alleine leben.

B. R.: Auch wenn man als Frau einen reichen Mann geheiratet hat, möchte diese Frau finanziell unabhängig sein. Das ist ihr absolutes Recht.

Finanzielle Selbstständigkeit ist die Grundvoraussetzung für Freiheit. Da sollte die FDP eigentlich auch ein Interesse daran haben.

## «Menschen, die Vollzeit arbeiten, sollen von ihrem Lohn leben können.»

**Björn Resener, Sekretär Gewerkschaftsbund Kanton Zürich (GBKZ)**

*Pärparim Avdili, ist dieses klassische Familienmodell, das Sie ansprechen, nicht etwas aus der Zeit gefallen? Zudem haben wir ja auch bei Ferien und Arbeitszeiten staatlich definierte Mindeststandards, warum nicht auch beim Lohn?*

P. A.: Die Frage ist, wie viel verträgt es, dass der Staat andauernd eingreift? Und Sie sprechen von aus der Zeit gefallen: Wir haben heute ein Arbeitszeitreglement, das nicht mehr zeitgemäss ist. Es wurde in Zeiten der Industrialisierung eingeführt.

*Sprechen Sie sich also auch für eine Erhöhung der Arbeitszeiten aus?*

P. A.: Ja, es sollte flexibler sein. In Dienstleistungssektoren haben wir teilweise absurde Situationen, wo sich Top-Banker:innen an Arbeitszeiten halten müssen.

*Bleiben wir bei den Menschen, die keine Managerlöhne verdienen. In der Stadt Zürich könnten laut Lohnstrukturerhebung des Bundes rund 17 000 Personen vom Mindestlohn profitieren. Gemäss dem Hilfswerk Caritas sind es zu zwei Dritteln Frauen, die vor allem in Tieflohnbranchen wie Reinigung, Gastronomie oder Detailhandel tätig sind.*

B. R.: Ja, da sind wir beim Problem. Ein Grossteil der Personen, die in den Tieflohnbranchen arbeiten, kommen da nicht raus. Das, was sich die Dumpinglohn-Unternehmen mit ihren Geschäftsmodellen sparen, das zahlt die Gesellschaft aber später über die Ergänzungsleistungen nach. Wer sein Leben lang so wenig verdient, der:die wird von Altersarmut betroffen sein.

*Ein Argument der Gegner:innen, dass auch Sie schon angesprochen haben, Pärparim Avdili,*

*ist, dass der Mindestlohn auch Menschen zugutekommt, die gar nicht in Armut leben würden.*

P. A.: Genau, es gibt ein kleines Feld, wo tiefe Löhne ein Problem sind, aber da helfen wir nicht mit staatlich diktierten Löhnen, da braucht es andere Massnahmen.

B. R.: Der Mindestlohn schafft die Armut nicht ab – da gebe ich den Gegner:innen recht. Für eine alleinerziehende Person mit drei Kindern zum Beispiel reichen auch 23.90 pro Stunde nicht, um in der Stadt Zürich zu leben. Aber Menschen, die Vollzeit arbeiten, sollen von ihrem Lohn leben können. Diesem Ideal wollen wir uns mit einem moderaten Mindestlohn annähern.

P. A.: Aber das Giesskannenprinzip des Mindestlohns bringt nichts, damit gefährden wir nur unsere Wirtschaft und die Arbeitsstellen, wir brauchen gute Rahmenbedingungen.

*An welche Ansätze denken Sie denn, wenn es darum geht, Working Poor, also Menschen, die trotz Arbeit nicht genügend verdienen, zu unterstützen?*

P. A.: Da sollte das Sozialhilfesystem greifen, und in Zürich gibt es beispielsweise zig Menschen, die ungerechtfertigt in gemeinnützigen Wohnungen leben. Und Working Poor wäre viel eher geholfen mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV): Ich verstehe nicht, warum genau die Gewerkschaften die Errungenschaften der Sozialpartnerschaften torpedieren.

*Björn Resener, Sie sind Gewerkschaftssekretär beim Gewerkschaftsbund Kanton Zürich. Warum wollt ihr mit dem Mindestlohn die bewährten Sozialpartnerschaften und somit branchenspezifische Lösungen aushebeln?*

B. R.: Laut dem Plakat der Gegenseite ist das das Hauptargument. Da wird ein Widerspruch erfunden, der nicht existiert. 95 Prozent der GAV sind von dem geforderten Mindestlohn von 23.90 Franken gar nicht betroffen, weil sie bereits einen höheren Lohn definieren. Es gibt aber Branchen wie beispielsweise den Detailhandel, wo es keine allgemeingültig erklärten GAV gibt.

*Wäre den Detailhändler:innen aber nicht mehr geholfen mit einem GAV?*

B. R.: Natürlich sind GAV besser als der Mindestlohn. Viele Angestellte im Verkauf sind zu



Löhnen unter 4000 Franken angestellt, und da kriegen wir es nicht hin, zwischen den Sozialpartner:innen einen allgemeingültigen GAV zu erarbeiten. Und es gibt Branchen wie etwa die Reinigung, da reichen die GAV-Löhne nicht aus, um zu leben. Denn diese sind schweizweit gültig und der Verdienst mag vielleicht im Tessin reichen, aber in der Stadt Zürich nicht. Denn die Lebenshaltungskosten sind in Zürich höher als die in den GAV verhandelten nationalen Mindestlöhnen.

*Përparim Avdili, Sie sagen, dass die GAV durch den Mindestlohn torpediert werden. Würden Sie sich denn als FDP-Politiker für GAV stark machen?*

P.A.: Diese Sozialpartnerschaften werden zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeber:innen freiwillig ausgehandelt, wenn beide Seiten einverstanden sind, dann sind wir als Freisinnige die Letzten, die sich dagegen wehren. Denn das Gewerbe weiss genau, was sie ihren Mitarbeiter:innen zahlen können und was nicht. Was denken Sie denn, warum die Löhne teils tief sind? Weil die Wertschöpfung nicht mehr hergibt und nicht, weil sich die Chefs dicke Boni auszahlen.

## «Das Giesskannenprinzip des Mindestlohns bringt nichts.»

**Përparim Avdili,  
Präsident FDP Stadt Zürich**

*Heisst demnach: Unternehmen wären eigentlich schon bereit, mehr zu zahlen, wenn sie könnten?*

P.A.: Ja.

B.R.: Das ist Quatsch. Wir sprechen hier nicht nur über Kleinunternehmen, sondern auch über börsenkotierte Gastro- und Modeketten. Alle Menschen in unseren Kampagnen sind reale Menschen mit sehr tiefen Löhnen. Warum glauben Sie, dass jemand, der bei Zara an der Kasse sitzt oder bei McDonalds hinter dem Tresen steht, keinen Lohn über 4000 verdient hat?

P.A.: Ich sage nur, dass all diese Menschen nicht per se von Armut betroffen sind.

*Wer nicht von Armut betroffen ist, hat also kein Anrecht auf einen Lohn über 4000 Franken?*

P.A.: Doch. Aber es braucht keinen staatlichen Eingriff. Unser Wirtschaftssystem ist so erfolgreich, weil wir einen freien Markt haben. Wir müssen bei den Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft bleiben. Nicht ohne Grund ist sämtliches Gewerbe gegen die Einführung eines Mindestlohns.

B.R.: Das stimmt nicht ganz. Wir haben dutzende Unternehmen, die unsere Kampagne unterstützen.

P.A.: Gut, aber die meisten Unternehmen sind dagegen. Ich wehre mich gegen diesen Vorwurf, dass dies alles böse Menschen sind, die keine guten Löhne bezahlen wollen.

B.R.: Niemand sagt, dass sie böse sind. Aber es ist doch offensichtlich, dass hier ein Konflikt



Përparim Avdili (links) und Björn Resener kommen auf keinen grünen Zweig. Einzig in einem Punkt sind sie sich einig: Der Mindestlohn schafft die Armut nicht ab. (Bild: Lara Blatter)

zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden herrscht. Genauso wie Sie von sämtlichen Gewerbe sprechen, kann ich von sämtlichen Arbeitnehmer:innen sprechen. Dieser Konflikt beweist gar nichts.

P.A.: Klar, das Gewerbe weiss doch, was möglich ist und was nicht möglich ist. Arbeitnehmer:innen wissen nur, was sie wollen.

B.R.: Das stimmt doch nicht. Sie behaupten, dass die Position des Gewerbeverbands objektiv ist und er keine Eigeninteressen an tiefen Löhnen hat.

*Werfen wir nicht alle Unternehmen in eine Topf. Es macht einen Unterschied, ob wir von einem kleinen Familienbetrieb oder einer grossen Detailhändlerin sprechen. Denn da ist wohl unbestritten, dass ihr Geschäftsmodell auf Tieflohnen basiert.*

P.A.: Ja, aber auch bei McDonalds arbeiten nicht alle unter dem geforderten Mindestlohn. Zudem ist den meisten Menschen der soziale Aufstieg ohne Mindestlohn gelungen, dafür bin ich als Kind von Einwanderer:innen das beste Beispiel.

*Menschen wie Sans Papiers arbeiten ohne Arbeitsvertrag. Sie würden nicht vom Mindestlohn profitieren, obwohl sie unter den prekärsten Arbeitsbedingungen leiden. Könnte der Mindestlohn dazu führen, dass mehr Menschen illegal arbeiten, weil die Arbeitgeber:innen sie wegen dem Mindestlohn nicht anstellen können?*

B.R.: Klar, das kann es immer geben. Aber wir können Gesetze nicht von der Gefahr abhängig machen, dass sich Menschen nicht daran halten. Wir sprechen uns ja auch nicht gegen 30er-Zonen aus, nur weil es sein könnte, dass immer noch welche mit 50 durchs Quartier rasen.

P.A.: Aber der Staat macht sich auch nicht glaubwürdig, wenn ein Gesetz nicht greift. Wir

haben zum Glück keinen Staatsapparat, der alle Betriebe kontrolliert.

B.R.: Das braucht es auch nicht. Ich mache mir keine Sorgen, dass die Mindestlöhne nicht eingehalten werden.

*Die Schweiz stimmte im Jahr 2014 bereits einmal über einen Mindestlohn ab. Das Ergebnis zeigte deutlich: 76,3 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung sagte damals Nein zu der Vorlage. Wieso soll es in Zürich klappen?*

B.R.: Die Vorlage ist breit abgestützt und auch das Parlament steht dahinter. 2014 hatten wir das Problem vom einheitlichen Mindestlohn für die ganze Schweiz. Auch war das die Zeit der Masseneinwanderungsinitiative, mit der sehr stark mit den Ängsten der Bevölkerung gespielt wurde. Und diese jetzige Vorlage kam bereits in Kloten zur Abstimmung. Sie scheiterte zwar, aber Kloten ist sehr konservativ und wir erreichten doch eine Zustimmung von 48 Prozent. Heisst, es haben sich auch sehr viele Bürgerliche hinter das Anliegen gestellt. Darum bin ich zuversichtlich für Zürich und auch Winterthur.

*Wie haben Sie in Kloten die Bürgerlichen für sich gewonnen?*

B.R.: Anständige Arbeit soll anständig bezahlt werden, das ist ein sehr bürgerlich verankerter Wert.

*Përparim Avdili, würden Sie das unterschreiben?*

P.A.: Selbstverständlich. Und das wurde durch die liberale Politik überhaupt möglich gemacht, diese hat die Schweiz dahin gebracht, wo wir heute stehen. Das ist der Stimmbevölkerung bestimmt bewusst und darum glaube ich, werden wir die Abstimmung gewinnen.

# Wer keine Stromfresser will, sagt Ja

## Worum genau geht es bei der Abstimmung vom 18. Juni über das Klima- und Innovationsgesetz? Eine Übersicht.

Nicole Soland

**Wer ist vom «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit», kurz Klima- und Innovationsgesetz, betroffen?**

Grundsätzlich wir alle: Das Netto-Null-Ziel 2050 lässt sich nur gemeinsam erreichen. Weil aber in der Schweiz Öl- und Gasheizungen für rund einen Viertel der ausgestossenen Treibhausgase verantwortlich sind, besteht einer der Eckpunkte der Vorlage darin, dass Hauseigentümer:innen während zehn Jahren jährlich maximal 200 Millionen Franken als Unterstützung für die Umstellung auf klimafreundliche Heizsysteme wie etwa Wärmepumpen oder Holzheizungen beziehungsweise den Ersatz von Elektroheizungen bekommen sollen. Unternehmen erhalten während sechs Jahren maximal 200 Millionen Franken jährlich, um in «innovative Technologien zur Reduktion von Treibhausgasen» zu investieren, heisst es im Abstimmungsbüchlein weiter. Macht total 3,2 Milliarden Franken, verteilt über zehn Jahre. Zum Vergleich: Im Abstimmungsbüchlein zum 2019 abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetz hiess es, die Schweiz habe «in den letzten zehn Jahren rund 80 Milliarden Franken für den Import von Erdöl und Erdgas ausgegeben. Dieses Geld fliesst ins Ausland ab».

**Wer ist dafür, wer dagegen?**

Von den Parteien sind nur die SVP und die EDU dagegen. Nein sagt weiter der Hauseigentümerversand (HEV) Schweiz, wobei einige Kantonssektionen des HEV die Ja-Parole gefasst haben. Und gemäss der NZZ vom 23. Mai ist der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser wegen des Engagements des Verbands gegen das Klimagesetz aus dem HEV ausgetreten – «aus Protest, und das ziemlich laut». Letzte Woche hat zudem ein «Komitee Rettung Werkplatz Schweiz», hinter dem die SVP steckt, ein Flugblatt voller Falschinformationen in die Briefkästen gesteckt.

**Die SVP macht uns Angst, dass wir künftig wegen des «unzuverlässigen Flatterstroms» von Solaranlagen und Windrädern in den Wintermonaten viel zu wenig Strom haben und dafür obendrein horrend Summen zahlen müssen.**

In der Abstimmungszeitung der SVP hat es tatsächlich eindrückliche Zahlen: Auf der Front steht, die Energiekosten würden sich verdreifachen, «auf 9600 Franken pro Person und Jahr».

Auf Seite 4 heisst es dann, für den Stromverbrauch eines durchschnittlichen Haushalts von 5000 kWh erhalte man in der Schweiz eine Stromrechnung von 1080 Franken... Auch zu Solar- und Windanlagen gibt es dort ein hübsches Zitat von Nationalrat Manuel Strupler, Gartenbauunternehmer und Landwirt, Weinfelden TG: «Denn selbst wenn wir die ganze Schweiz mit Photovoltaik-Anlagen zu pflastern: Solarstrom bleibt Flatterstrom, den man kaum speichern kann.»

**Was soll daran «hübsch» sein?**

Gegenfrage: Wie speichert man denn nicht-flatterhaften Atomstrom? Genau gleich wie Solar- oder Windstrom, nämlich in kleiner Menge etwa in der Batterie des E-Autos. Oder, im grossen Stil, beispielsweise mittels Pumpspeicherkraftwerk oder indem man damit Wasserstoff herstellt. Kurz: Strom ist nicht «schlechter», wenn er mittels Solarpanel oder Windturbine erzeugt wird, und nicht «besser», wenn er vom AKW kommt. Aber Strom hat ganz grundsätzlich die doofe Eigenschaft, dass er sich weder in Tanks füllen lässt wie Heizöl noch aufschichten wie Brennholz.

**Wie sollen wir also ausschliesslich mit erneuerbaren Energien auskommen, wenn die Sonne nicht immer scheint und der Wind nicht immer weht?**

«Ausschliesslich» erneuerbare Energien verlangt erstens mit der aktuellen Vorlage niemand: Das neue Gesetz erhält keine Verbote, der Einsatz nicht-erneuerbarer Energien bleibt erlaubt. Klammer auf: Das ändert allerdings nichts daran, dass wir eigentlich schon vor mindestens zehn Jahren hätten anfangen müssen, viele Solar- und Windanlagen zu bauen. Jetzt sind wir halt sehr spät dran, aber es ist noch nicht zu spät, Klammer zu. Zweitens wäre das dann ein Problem, wenn die SVP damit Recht hätte, dass die Schweiz eine Insel ist und dass wir deshalb viele Terawattstunden des prinzipiell nicht «stapelbaren» Energieträgers Strom bildlich gesprochen für den Winter in unseren Kellern versorgen müssten, um nicht in eine Mangellage hineinzulaufen. Neue AKW bauen müssten wir laut SVP natürlich obendrein...

**Ist dem nicht so?**

Nein, keine Sorge: Entscheidend ist nicht allein die Produktionsmenge oder -methode, sondern auch die Verteilung, also das Stromnetz. Und das

Stromnetz endet weder aktuell an der Landesgrenze noch wird es das in Zukunft tun, im Gegenteil.

**Sagt wer?**

Das kann man beispielsweise auf der Webseite der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid ([www.swissgrid.ch](http://www.swissgrid.ch)) nachlesen. Die Schweiz könne die Versorgungssicherheit beim Strom nur im Verbund mit Europa gewährleisten, heisst es dort, und weiter: «Der Netzbetrieb ist eine grenzüberschreitende Aufgabe. Die vorausschauende Planung und die Überwachung des Netzes nimmt Swissgrid gemeinsam mit den Netzbetreibern im Ausland wahr.» Klammer auf: Ohne ein Stromabkommen mit der EU wird das nicht einfacher, aber darum geht es in dieser Abstimmung nicht, Klammer zu.

**Aber damit, dass der «unzuverlässige Flatterstrom von Sonne und Wind» zwangsläufig die Preise hochtreibt, hat die SVP doch recht?**

Nein, hat sie nicht. Im Swissgrid-Magazin 2023 ist folgendes nachzulesen: «Seit 2021 hat sich der Strompreis signifikativ verteuert. Der wichtigste Grund dafür sind die unbeständigen Strommärkte, deren Entwicklung von der globalen Wirtschaftslage und der Geopolitik abhängt.» Nicht der Strom aus erneuerbaren Quellen ist «unbeständig» beziehungsweise «flatterhaft», sondern die Strommärkte sind es. Strom wird auf dem europäischen Strommarkt an verschiedenen Börsen gehandelt, und der Strompreis ist eng gekoppelt mit den Preisen für andere Energieträger: «Grundsätzlich werden die Kraftwerke in der Reihenfolge ihrer variablen Kosten eingesetzt. Diese sogenannte Merit-Order beginnt beim günstigsten Kraftwerk und geht so weit, bis die Nachfrage gedeckt ist. Das teuerste eingesetzte Kraftwerk bestimmt somit den Preis. Aktuell handelt es sich dabei um Gaskraftwerke, was die Verflechtung des Strompreises mit dem Erdgaspreis verdeutlicht.»

**Das kann sich also auch wieder ändern?**

Genau. Vor lediglich drei Jahren hatten wir das gegenteilige Problem, wie Hanspeter Guggenbühl im «Infosperber» vom 8. April 2020 festhielt (siehe auch P.S. vom 9. September 2022): «Der Stromkonsum in Mitteleuropa verminderte sich in den letzten Wochen um 10 bis 30 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr, dies als Folge der Massnahmen gegen die Corona-Epidemie.



Damit sanken die kurzfristigen Preise auf dem Strom-Spotmarkt auf ein Rekordtief.» Und weiter: «Kohle- und Gaskraftwerke stehen jetzt mehrheitlich still, weil der Bandstrom aus Solar-, Wind-, Fluss- und Atomkraftwerken allein die meiste Zeit reicht, um die Nachfrage zu decken.»

#### Will heissen?

Dazu ein kurzer Exkurs: Die Standardfrequenz im elektrischen Netz Europas beträgt 50 Hertz, und diese Frequenz muss immer stabil bleiben, wie auf [swissgrid.ch](http://swissgrid.ch) nachzulesen ist. Zudem brauche es eine bestimmte konstante Grundmenge, die sogenannte Grundlast, hierzulande auch Bandstrom oder Bandenergie genannt, um das System am Laufen zu halten. Im Energie-Blog auf der Webseite [energie-lexikon.info](http://energie-lexikon.info) des Physikers Rüdiger Paschotta ist nachzulesen, dass für die Grundlast häufig Laufwasserkraftwerke, Kernkraftwerke, Kohlekraftwerke sowie Gaskraftwerke eingesetzt werden. Der Anteil der Grundlast an der gesamten Stromerzeugung lasse sich erhöhen, indem ein Teil des Verbrauchs von den Tag- in die Nachtstunden verlegt oder indem ein zusätzlicher Verbrauch von Nachtstrom etwa mit Elektrospeicherheizungen geschaffen werde: «Ein Anreiz für letztere Strategie ist in manchen Ländern zeitweise dadurch entstanden, dass durch die Inbetriebnahme grosser Grundlastkraftwerke ein Überschuss an Grundlastkapazität entstand.»

#### Das tönt jetzt echt schräg.

Ja, doch genau das geschah in der Schweiz – nachzulesen in Hanspeter Guggenbühls Buch «Energiewende. Und wie sie gelingen kann» (Rüegger Verlag, Zürich/Chur 2013, 144 Seiten, 25 Franken): Noch im Jahr 1968 habe die reine Wasserkraft ausgereicht, um die ganze Schweiz mit Strom zu versorgen, ist dort zu nachzulesen. Als dann die ergiebigsten Quellen der hydrologischen Stromproduktion erschlossen waren und die Konjunktur den Stromkonsum weiter steigen liess, «stellten Stromwirtschaft und Bundesrat die Weiche, die den Schweizer Strompfad langfristig zementierte», und zwar mit dem Einstieg in die Atomenergie. Mit Folgen: «Jedes AKW erhöhte die Schweizer Elektrizitätsproduktion sprunghaft. Um den überschüssigen Atomstrom abzusetzen, kurbelten die Stromunternehmen den Konsum weiter an, indem sie in den Wärmemarkt vordrangen (...), sie förderten Elektroheizungen und Elektroboiler, indem sie die Kunden mit happigen Mengenrabatten für Heizstrom köderten. Mit Erfolg: Von 1969 bis 1989, also innerhalb von nur zwanzig Jahren, verdoppelte die Schweiz ihren Stromverbrauch.» Wohl auch deshalb gehen heute in der Schweiz rund zehn Prozent des Stromverbrauchs im Winter für den Betrieb von Elektroheizungen drauf. Laut Abstimmungsbüchlein ist das fast soviel, wie das stillgelegte Kernkraftwerk Mühleberg jährlich produziert hat. Bei einem Ja am 18. Juni können diese Heizungen nun rasch ersetzt werden: Je mehr Strom wir nicht (mehr) verbrauchen, umso besser.



Mit der Stromproduktion allein ist es nicht getan: Es braucht auch gute Stromnetze – und die enden nicht an der Landesgrenze. (Bild: Urs Keller / Ex-Press)

#### Aber der Bedarf an Bandstrom legt doch erst recht nahe, dass die Erneuerbaren es nicht richten können.

Im oben erwähnten Blog des Physikers Paschotta tönt es anders: «In der Energiewirtschaft wird häufig der Standpunkt vertreten, der Anteil von Windenergie und anderen erneuerbaren Energien mit fluktuierenden Beiträgen an der Stromversorgung dürfe nicht zu gross werden, da diese Kraftwerke nicht grundlastfähig seien, ein wesentlicher Anteil an Grundlast jedoch benötigt würde.» Dagegen habe beispielsweise der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen in einem Sondergutachten dargelegt, dass zukünftig kaum mehr Grundlastkraftwerke benötigt würden, sondern vielmehr ein erheblicher Teil an fluktuierenden Beiträgen von Windkraft und Sonnenenergie ergänzt werde durch schnell regelbare Kraftwerke, die in einer Übergangszeit z.B. mit Erdgas, später auch mit erneuerbaren Energien betrieben würden: «Hierfür kämen u.a. norwegische und schwedische Pumpspeicherkraftwerke infrage, wenn die Kapazitäten der Stromnetze dorthin verstärkt würden.»

Und er betont: «Ein weitgehender Konsens besteht darüber, dass ein hoher Anteil an konventionellen Grundlastkraftwerken (etwa Kohle- und Kernkraftwerken) mit einem hohen Anteil fluktuierender Quellen wie Windenergie schwer verträglich ist.» Sprich: Wenn die SVP sich jetzt lautstark Sorgen macht, dass das «Stromfresser-Gesetz» die Energiesicherheit gefährde, die Stromkosten extrem stiegen, dass bei einem Ja Autofahren und Fleisch essen verboten würden, dann ist das die grelle Vorderseite des Bildes. Auf der Rückseite stehen gut versteckt die Atom- und die Erdöllobby parat und lachen sich ins Fäustchen.

#### Warum denn das?

Siehe oben: Die sicherste Methode, um eine funktionierende Stromversorgung mit erneuerbaren Energien zu verhindern, besteht darin, am Atomstrom festzuhalten. Ein Beispiel: Wird viel Strom aus erneuerbaren Quellen eingespeist, könnten die Stromnetze dies unter Umständen

nicht verkraften, ohne überlastet zu werden, weshalb die Netzbetreiber Gegensteuer geben müssen. Doch die Leistung von Atomkraftwerken kurzfristig zu reduzieren, ist nicht so einfach – also werden stattdessen Windturbinen abgestellt. Damit kommt weniger Windstrom im Netz an, als eigentlich möglich wäre. So gesehen erstaunt es nicht, dass Windkraftgegner:innen und Atomlobbyist:innen häufig am selben Strick ziehen, auch wenn sie das der Öffentlichkeit kaum unter die Nase reiben.

Wer dazu mehr erfahren möchte, kann sich beispielsweise in der ARD-Mediathek die Doku «Kampf im Reinhardswald» des Hessischen Rundfunks (hr) anschauen. Zitat aus der Pressemitteilung zur Doku: «So haben nach Recherche des hr mehrere Akteure aus dem Lager der örtlichen Windparkgegner Verbindung zum Verein Bundesinitiative Vernunftkraft. Die Vereinigung gilt als Lobbyorganisation der Kohle-, Gas- und Atomindustrie. Sie lehnt Windkraft ebenso ab wie die von der Bundesregierung geplante Energiewende.»

#### Kommen wir zur Frage aller Fragen: Für wessen Portemonnaie ist die Vorlage gut, für wessen nicht?

Gut ist sie für die Geldbeutel von uns allen, insbesondere für jene der Hausbesitzer:innen, die günstiger zu Wärmepumpen kommen, und für Unternehmen, die ebenfalls von Fördergeldern profitieren können. Schlecht ist sie für jene, die gegen die Energiewende und für Atomkraft sind, sowie logischerweise für die Erdölindustrie, siehe oben: Wenn die Schweiz in den letzten zehn Jahren rund 80 Milliarden Franken für den Import von Erdöl und Erdgas ausgegeben hat, dann ist dieses Geld zwar ins Ausland abgeflossen, aber kaum, ohne dass jemand hierzulande daran mitverdient hätte. Oder anders gesagt: Jenen, die sehr lange sehr gut verdient haben am Erdöl, bricht bei einem Ja bis 2050 das Geschäft weg. «Autofahren nur noch für Reiche?», fragt die SVP-Abstimmungszeitung bange. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...

# Eine sehr lange Nacht mit Federico Garcíá Lorca

## Samstag, 3. Juni

8.30 SWR: «**Neuer Blick auf Exotik und Missbrauch.**» Christian Batzen über den Südsee-Maler Paul Gauguin. Das schöne Image des von 1848 bis 1903 lebenden französischen Malers bröckelt. Ein aufgeklärtes Verständnis von Exotik, Kolonialismus, Missbrauch von Minderjährigen und kultureller Aneignung hinterfrage den einstigen Rebellen, laut Vorschau. «Die farbenprächtigen Werke mit Szenen aus der Südsee verlieren nicht an Strahlkraft, aber der Blick auf den Künstler verändert sich.»

11.00 DLF: «**Abschied auf Raten.**» Bulgariens schwieriges Verhältnis zu Russland. Dirk Auer und Andreas Kunz in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. «Das Huhn ist kein Vogel und Bulgarien kein Ausland.» So lautete eine Redensart in der Sowjetunion, und die Treue Sofias gegenüber Moskau war sprichwörtlich. Auch nach der politischen Wende von 1989 wurden Seilschaften in Wirtschaft und Geheimdiensten weiter gepflegt. Durch den Überfall Russlands auf die Ukraine beginnt sich das langsam zu ändern...

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Hanno Rauber, Journalist und Kunsthistoriker.

19.00 SWR: «**N.O.A.H.**» Hörspiel von Hermann Ebeling. In dieser schon 1977 produzierten «Science-Fiction-Studie in Himmelblau und Schwarz» ist die Erde kaum noch bewohnbar, die vergiftete Atmosphäre ausserhalb begrenzter Räume kann nur in Schutzanzügen betreten werden, Müllhalden sind zu kostbaren Rohstoffquellen geworden. Doch obwohl es am Notwendigsten fehlt, soll eine Raumstadt mit Nachschub versorgt werden, denn auf diesem Projekt ruhen die Hoffnungen der Massen: Sie würden mit den Überschüssen der Lebensmittelproduktion beliefert, wenn die Station einmal fertig ist...

20.00 SRF 2: «**So ist das**» von Jon Fosse. Angekündigt als ein existenzieller Hörspiel-Monolog des Ibsen-Preisträgers 2021. «Wer sind wir, wenn wir uns dem Ende nähern? Wenn die Arbeitswelt für uns vorbei ist, wenn wir die Kraft verlieren. Was machen wir mit den Tagen, die kommen und gehen? Wie verabschieden wir uns von dieser Welt?» Fosse lasse hier einen greisen Künstler auf sein Leben zurück- und in eine ungewisse Zukunft vorausblicken. Nach drei gescheiterten Ehen und mehreren Kindern, die ihn längst nicht mehr besuchen, ist ihm nur sein «Werk» geblieben... Parallel beim DLF als Hörspiel des Monats: «Pimp your Life.» Oder per Knopf im Ohr zum Besten aller Leben. Dokufiction von Tina Klopp. In den sechs Podcasts reise die Protagonistin mit Hilfe unterschiedlicher Coaches durch unterschiedlichste Lebensbereiche und halte den Zuhörenden den Spiegel eigenen Handelns vor. «Dabei verblüfft immer wieder, wie berechenbar wir als Individuen sind und wie sehr man, mit gezielter Manipulation anderer, seine eigenen (individuellen) Ziele durchsetzen kann.»

22.00 DLF: «**Magnetfelder, Wirbelwinde, Elektrizität.**» Die Musik der irischen Komponistin Ann Cleare. Vorgestellt von

Leonie Reineke im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 in der Jazztime: «Open, to Love.» Ulrich Kriest über die Komponistin und Sängerin Annette Peacock, «die grosse Sporadische».

23.00 SWR: «**Ohne Limit.**» Federico Garcíá Lorca Dramen um 1960. Zu seinem 125. Geburtstag gibt es hier Reprisen von Hörspielen, die der damalige Süddeutsche Rundfunk um 1960 herum nach Übersetzungen von Enrique Beck produziert hat. Danach sind diese auch online abrufbar. Lorca wurde am 5. Juni 1898 im andalusischen Granada geboren und 1936 – zu Beginn des spanischen Bürgerkriegs – von Franco-Faschisten ermordet. Zu hören sind bis 6 Uhr früh unter anderem «Blut-hochzeit», «Yerma», «Bernarda Albas Haus», «Mariana Pineda» und «Die wundersame Schusterfrau». Gespiegelt werde darin laut Vorschau «mal tragisch, mal komödiantisch spanische Geschichte und Tradition im Begehren nach Freiheit und sexueller Selbstbestimmung». Parallel dazu beginnt beim DLF eine mit drei Stunden vergleichsweise kurze Lange Nacht der Reiselust: «Das Glück liegt hinterm Horizont.» Sie wird gestaltet von Jürgen König. «Das Bedürfnis nach Urlaub fernab der Heimat, nach Reisen in vertraute Länder, nach Aufbrüchen ins Unbekannte scheint ungebrochen zu sein. Dies trotz hoher Inflation und Klimakrise, trotz der Unwägbarkeiten der weltpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Warum ist das so?»

## Sonntag, 4. Juni

8.30 SWR: «**Unser täglich Brot.**» Wie gesund ist das Grundnahrungsmittel? Science Talk mit der Lebensmittelchemikerin Katharina Scherf. Parallel bei SRF 2: «Gott 9.0.» Oder: Wie integral ist das Christentum der Zukunft? Dorothee Adrian spürt dem Erfolg eines theologischen Bestsellers nach, der vor gut einem Jahrzehnt erschien. Untertitel: «Wohin unsere Gesellschaft spirituell wachsen wird.»

9.30 DLF: «**Die böse Frau?**» Von Hexenverfolgung und Hexenverehrung. Catherine Newmark im Gespräch mit der Historikerin Claudia Opitz.

12.00 SWR: «**Neuanfang nach 1000 Jahren.**» Martin Sander über jüdisches Leben in Polen heute.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Nadja Schnetzler, Unternehmerin und Beraterin für Zusammenarbeit.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Simon Strauss, Journalist und Schriftsteller.

14.00 SWR: «**Vom Gehen und Bleiben.**» Eine Reise in Ungarns Literaturszene. Feature von Beate Tröger.

18.20 SWR: «**Tupolew 134.**» Nach dem gleichnamigen Roman von Antje Rávic Strubel. Eine dramatische Story aus der ehemaligen DDR, mit Liebe, Intrige, Stasi und realem Hintergrund.

20.00 DLF: «**Hinterlassenschaften.**» Vom Umgang mit Vorgefundenem. Feature von Florian Felix Weyh.

23.00 SWR: «**Alles schon gesagt?**» Über den Druck, kreativ sein zu müssen. Essay von Torsten Möller. «Bis Ende der Woche bitte eine innovative Lösung!» Druck muss nicht schaden, aber manch gutes Ding will auch Weile haben.

## Montag, 5. Juni

8.30 SWR: «**Fliegen mit gutem Gewissen?**» Stefanie Peyk und Antje Diekhans über die sogenannte Klimakompensation.

9.00 DLF: «**Kalenderblatt.**» Vor 125 Jahren: Der spanische Dichter Federico Garcíá Lorca geboren. Wegen seiner politischen Überzeugungen und seiner Homosexualität wurde er zu Beginn des Bürgerkriegs von einem Franquisten ermordet.

14.00 SRF 1: «**Die Kadenz des Mörders.**» Krimi von Nicole Bachmann. Tatort ist der Orchestergraben. Rest in einer Woche.

15.00 SWR 2: «**Kabul ist meine Stadt.**» Natalie Kreis porträtiert die Architektin Zahra Breshna. Sie lebt seit der erneuten Machtübernahme der Taliban wieder in Karlsruhe – und sehnt sich zurück.

## Dienstag, 6. Juni

9.00 und 18.30 SRF 2: «**Im Exil.**» Reprise einer Kontext-Sendung über die russische Starschauspielerinnen Tschulpan Chamatowa.

15.00 SWR: «**Feminismus und Mutterschaft.**» Monika Kophal fragt, ob und wie das gelingt.

19.15 DLF: «**Linglong.**» Schmutzige Reifen für Europa. Feature von Zoran Solomun. Im serbischen Zrenjanin baut ein chinesischer Konzern die grösste Reifenfabrik Europas. Hauptabnehmer: Renault und Volkswagen. Natürlich wurden Arbeitsplätze für die Region versprochen. Aber im Winter 2021 entdeckte eine Journalistin auf der Baustelle zwei Baracken, in denen 500 Arbeiter aus Vietnam wie Sklaven lebten. Das war der Beginn einer Geschichte voller skrupelloser Ausbeutung und Korruption. Bald sollen hier jährlich 14 Millionen Reifen für den europäischen Markt vom Band laufen, und niemand hat sich bislang für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards interessiert. Lieferkettengesetz? Makulatur.



20.00 DLF: «**Wieviel Erde braucht der Mensch?**» Hörstück nach Leo Tolstoi. Produziert von Max Radestock an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch. In der Erzählung Tolstois stecken Fragen von bedrückender Aktualität: Wohin führen uns Gier und stetiges Wachstum? Was brauchen wir wirklich? Worauf können wir verzichten?

22.00 DLF: «**Musica reanimata.**» Der Komponist René Leibowitz, ein Überlebender aus Warschau. Mitschnitt eines Gesprächskonzerts im Konzerthaus Berlin.

## Mittwoch, 7. Juni

8.30 SWR: «**Frauen sind anders krank.**» Volkart Wildermuth über Gendermedizin.

10.00 DLF: «**Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft.**» Wenn die Baby-boomer in Rente gehen.

15.00 SWR: «**Die Stille und der Teig.**» Wie ein Dirigent vom Pult in die Backstube wechselt. Michael Sollorz zum Neuanfang von Lam Tran Dinh.

20.00 DLF: «**Im Glauben an Gott und Hitler.**» Jennifer Stange über die Deutschen Christen der NS-Zeit. Parallel bei SWR 2 in Thema Musik: «Zwischen Anpassung und Widerstand.» Der Thomaskantor Kurt Thomas. Porträtiert von Michael Kuhlmann. SRF 1 hat heute vom «Salzburger Stier» die Preisträgerin aus Österreich im Programm: Malarina mit «Serben sterben langsam». Und schliesslich bei SRF 2: «Neuerdings.» Schweizer Musik mit Pioniergeist: Noémi Büchi, Janiv Oron, Martina Berther und Julian Sartorius.

21.00 DLF: «**Salzburger Stier 2023.**» Heute der Schweizer Preisträger Dominic Deville.

## Donnerstag, 8. Juni

8.30 SWR: «**Revolution in der Mathematik.**» Aeneas Roach über die Entdeckung der Unendlichkeit.

18.20 SWR: «**Foxfinder.**» Nach dem Theaterstück von Dawn King. Es spielt auf dem Land, in einem totalitär regierten England der Zukunft.

## Freitag, 9. Juni

8.30 SWR: «**Von der Diktatur zur Demokratie.**» Lena Fiedler über Taiwans schwierige Geschichte.

10.00 DLF: «**Der Trend zur Kartenzahlung.**» Wird Bargeld zum Auslaufmodell?

15.00 SWR: «**Luxusgut Pressefreiheit.**» Der Kampf um Griechenlands Öffentlichkeit. Feature von Marianthi Milona.

20.00 DLF: «**Entführt in Syrien.**» Über den Umgang mit Extremsituationen. Feature von Patrick Batarilo. Martin meldete sich freiwillig, um als Techniker in Krisengebieten zu arbeiten. Heute bringt er Mitarbeitenden von Hilfsorganisationen, die in Länder mit Sicherheitsrisiko entsandt werden, aus eigener Erfahrung bei, wie unter extremen Bedingungen überlebt werden kann. Und bei SRF 1: «Das Trio in Es-Dur» von Eric Rohmer. Nouvelle Vague trifft auf Klassik; Paul und Adèle trennen sich.

22.00 SWR: «**Salzburger Stier 2023.**» Hier nochmals der Eröffnungabend.

**DLF/Deutschlandfunk** – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!



# Tanzende Schulterblätter

Zum seinem 25. Jubiläum schenkt sich das Tanztheater Dritter Frühling für Personen ab 65 Jahren eine dreigeteilte Auseinandersetzung mit Igor Strawinskys «Le Sacre du Printemps». Entgegen der Uraufführung verbleiben die tumultartigen Szenen hier allein auf die Bühne beschränkt.

Thierry Frochaux

Die Revolution zuerst. Angelika Ächter und Katrin Oetli stellen für die Choreographie «Zopf ab» die rituelle Feier des Frühlings in wechselnden farbenfrohen Bildern in den Mittelpunkt und konterkarieren die bekannte Geschichte der finalen Jungfrauenopferung mit dem Ausbruch einer Revolte. Der Musiker Ralf Buron beschränkt sich in seiner Livemusik auf die ikonischen Fanfarenklänge und Paukenschläge, die er mit pointiert gesetzten symphonischen Zitaten aus dem Synthesizer vielmehr in Richtung eines thematischen Rahmens lenkt. Die vierzehn Tänzer:innen stellen vergleichbar einschlägige Szenenbilder für aufkeimendes Leben, erste Kraft spendende Sonnenstrahlen und eine daraus folgende Feierfreude her. Vermutlich ursächlich von Angelika Ächters enzyklopädischer Kenntnis der Tanzgeschichte ausgehend, sind einige der vielfältigen Verwendungen von farbigen Tüchern als Referenz an die Erstaufführung und die darin noch feierlich als Weltläufigkeit inszenierten Anspielungen an einen Exotismus zu erkennen. Ungefähr in der Mitte von «Zopf ab» tritt das Tanzensemble für einen – etwas kurzen – Augenblick in den Hintergrund, um einem rhythmischen Schwarzweissfilm von Katrin Oetli die ganze Aufmerksamkeit zu schenken. Sie zeigt darin Rückansichten der Tänzer:innen, deren verschiedener Hautfaltenwurf und die entsprechend diverse Wirkung der tanzenden Schulterblätter als Altersgewährwerdung gelesen werden können, die wiederum in Bezug zum Titel und zum alternativen Schluss die Verweigerung gegenüber einer respektive jeglicher Opferhaltung in Richtung einer Selbstermächtigung treibt. Die sichtlich stolze Freude darüber steht den Tänzer:innen ins Gesicht geschrieben und lädt zufolge ihren Schwung mit positivem Elan.

## Das Instrument Tänzer:in

Philipp Egli sprengt in seiner in Zusammenarbeit mit Viviane Tita entstandenen Choreographie jedes Korsett. Für «Das Opfer des Frühlingsopfers» werden zwölf Tänzer:innen des Tanztheaters Dritter Frühling mit zwölf sichtlich jüngeren Ab-



Philipp Egli gewinnt in seiner Choreographie des «Sacre du Printemps» den grössten Abstand zur Konvention und schöpft daraus die weitreichendste Inspiriertheit. (Bild: Andres Bucci)

solvent:innen der Hochschule für Heilpädagogik Zürich ergänzt, die sich als lebendig werdende Noten einem Dirigenten – und natürlich Strawinskys Partitur – gehorchend, beinahe schon mathematisch streng einem Gesamtbild unterzuordnen

## Im Laienbereich ist die Endlichkeit der körperlichen Verausgabung keine Frage des Alters.

haben. Die filigranen, melodiosen oder eben sportiven Sequenzen übernimmt mit Mara Peyer eine Professionelle, die ihr überragendes tänzerisches Können indes genauso wie alle anderen zugunsten der Gesamtwirkung einer Ensembleleistung zurücknimmt.

Philipp Eglis Ausweitung des Teilnehmer:innenfeldes muss als unbedingter Gewinn angesehen werden, weil damit wie von selbst sehr verschiedene Energien zeitgleich mit je ihrer individuellen Stärke das Ihre dazu beitragen, dass im Resultat eine hell begeisternde Interpretation herauschauen kann. Zudem erweist es sich als Binsenweisheit, dass im Laienbereich die Endlichkeit der körperlichen Verausgabung keine Frage des Alters allein ist, was wiederum aus Publikumperspektive niemals auch nur eine Ahnung von sichtbar werdender Eingeschränktheit aufkommen lässt. Philipp Egli setzt sämtliche Teile der ihm zur Verfügung stehenden Energien zu ihrem jeweils Besten ein.

## Schwarze Schatten

Lea Moro und Julia Keren Turbahn lassen als einzige die gesamte Ballettkomposition von Igor Strawinsky integral ab Band spielen. Ihr «Another Rite of Spring» richtet sich als einzige der drei Choreographien hauptsächlich in Richtung Düsterei, Schattenwurf und der Tragik gelebter Erfahrungen, betont also letztlich die Schwere des Frühlingsopfers mit dem berühmten finalen sich zu Tode Tanzens einer Jungfrau, um die Naturgottheiten besänftigt zu wissen. Die zehn Tänzer:innen kommen hier am deutlichsten an ihre Grenzen, selbst wenn sie eine ausnehmend lange Zeit unter Decken stecken. Die Frage drängt sich auf, inwiefern eine allfällige Ehrfurcht vor der historisch aufgeladenen Grosseaufgabe eine choreographische Inspiration recht eigentlich in eine Lähmung versetzt hat. Die kunstvoll angebrachte Maske und das schliesslich zeremoniell wirkende Abwaschen davon betont das theatrale Moment stark, wirkt insgesamt aber im Vergleich mit den anderen beiden Choreographien am Geringsten in seiner Dimensionalität und dem daraus erwachsenden Potenzial. Gerade weil in allen drei Stücken die Absicht einer Neuverortung des Klassikers klar ersichtlich wird. Hier hätte eine noch weitaus radikalere im Sinne von komplettere Lösung stattfinden dürfen, um der Dominanz der Musik ein reales Gegengewicht als Reibungsfläche hinzustellen und darüber etwas genuin Drittes ergo Kunst zu entwickeln.

Tanztheater Dritter Frühling: «Zopf ab», «Another Rite of Spring», «Das Opfer des Wohlfühl-  
opfers», 27.5., Kulturmarkt, Zürich.

# Cancel Culture

Die Debatte um Cancel Culture und die heraufbeschworene «moral panic» sind generell absurd bis lächerlich, vor allem auch, wenn es um die Hochschulen geht. Die Wissenschaftsfreiheit ist zwar in der Tat immer wieder in Gefahr, aber nicht durch ein paar Leute, die Vorträge verhindern. Wer das behauptet, lenkt von den realen Einschränkungen der Wissenschaft ab. Ich habe über ein Vierteljahrhundert in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung gearbeitet. Das ist eine Phase innerhalb der Wertschöpfungskette des Wissens – doch, doch, so etwas gibt es –, die zwischen der Grundlagenforschung und der Markteinführung von Produkten und Dienstleistungen liegt. Ich habe ein interdisziplinäres Hochschulinstitut mitgegründet und geleitet, war also letztlich für die Forschungsakquisition verantwortlich und kenne die Abläufe. Cancel Culture war nie meine Sorge.

Es ist die Machtfrage, die wie immer eine zentrale Rolle spielt. Wer ernsthaft behauptet, dass ein paar Antifa-Leute, die eine Vorlesung stören, die Macht hätten, den Wissenschaftsbetrieb lahmzulegen, verrät seine Ahnungslosigkeit. Wer diese Macht aber hat, sind die Finanzierungsstrukturen der Forschung, und es sind die Kommunikationsstrukturen und das dort herrschende Oligopol. «Wissenschafts-

freiheit» ist ein hehres Wort, aber wer seine wissenschaftliche Tätigkeit nicht finanzieren kann, kann einpacken. Mein grösster Druck als Institutsleiter kam von der Buchhaltung, schlaflose Nächte hatte ich nur, wenn eine wichtige Eingabe für ein Forschungsprojekt wieder einmal gescheitert war und eine Lücke im Budget drohte. Wer nicht grad optimal in das aktuelle Programm des Nationalfonds passt, wer das Pech hat, an einer Hochschule zu forschen, die unlängst mehrmals berücksichtigt wurde und daher nun wieder etwas zuwarten muss, oder wer unter einem Bundesrat leidet, der kein Forschungsabkommen mit der EU zustande bringt, kann am leeren Daumen saugen. Oder Leute entlassen. It's the economy, stupid.

Der andere grosse Machtkomplex, der die Wissenschaftsfreiheit im Würgegriff hat, sind die Institutionen beim Umgang mit Daten, Informationen und Wissen. Nicht umsonst heisst es in der Wissenschaft: «publish or perish». Die einzige anerkannte Währung ist die Publikation, möglichst in einem angesehenen Medium. Der Weg dazu ist oft intransparent, immer extrem aufwändig – und der Anbietermarkt ist ein Oligopol. Weltweit gibt es, auch in Zeiten von Open Access, gerade mal 3 (richtig: drei) Grossverlage, die sich den Kuchen aufteilen. Die Preisgestaltung von wissen-

schaftlichen Journalen ist dadurch geprägt, dass alle Hochschulbibliotheken solche Publikationen führen müssen, dass alle Forscher:innen solches Wissen möglichst lückenlos verarbeiten müssen, dass also die Nachfrageseite kaufen muss und keine freie Wahl hat. Es ist wie beim Wohnen. Und wird ebenso schamlos ausgenutzt.

Es ginge noch weiter mit den Gefahren, zum Beispiel die Überforderung durch die schiere Informationsmenge, aber mir fehlt hier der Platz, um das auszuführen. Deshalb also: ja, die Wissenschaft ist in der Tat gefährdet, und die öffentliche Forschung ist nicht so frei, wie sie sein sollte. Aber das liegt nicht an einer irgendwie ausgearteten «Culture», sondern halt wieder einmal am guten alten Kapitalismus, der es auch in der Wissenschaft schafft, alles zur Ware verkommen zu lassen. «Kultur abschaffen», wie man «Cancel Culture» übersetzen könnte, ist da allerdings gar nicht mal so falsch.



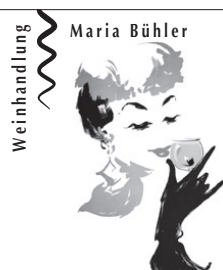
Markus Kunz

Reklame

*Les Vignes*  
EST. 2015

**Europäische Weine  
aus nachhaltiger Produktion -  
klimaneutral geliefert.  
Stöbern Sie in der Weinhandlung  
oder im Onlineshop.**

Les Vignes Weinhandlung | Freilagerstrasse 55 | 8047 Zürich  
044 542 82 09 | wein@les-vignes.ch | les-vignes.ch



Degustation:  
Samstag, 3. Juni

**erfrischende  
Sommerweine**

Weinhandlung Maria Bühler  
Töpferstrasse 28 • 8045 Zürich  
Tel. 044 272 38 30 • www.buehlerweine.ch  
Offen: Freitag & Samstag, 12 – 18h